

Umwelt-Informationen

Neue Regelungen zur Rückgabe gebrauchter Elektrogeräte

Kosten senken durch Recycling

**Für eine neue Energiepolitik in Deutschland
IHK-Positionen zur Energiepolitik**

DIHK fordert Novellierung des EU-Umweltschutzrechts

EU: Kommission legt neue Strategien vor

Schadstoffregister erweitert - PRTR kommt

UMWELTINFORMATIONEN

Nr. 1 / März 2006

POLITIK UND RECHT	4
SAARLAND	4
<i>Neue Regelungen zur Rückgabe gebrauchter Elektrogeräte</i>	4
<i>Kosten senken durch Recycling</i>	4
<i>Erdgas-Tankstellennetz wird dichter</i>	5
<i>Energieberatung per Mausclick</i>	5
<i>Bürger Pumpen erfolgreich bei EMAS</i>	6
<i>EMAS-Urkunde für KSG Maschinenbau</i>	6
RHEINLAND-PFALZ	7
<i>Natura 2000: Land muss zwei FFH-Flächen erweitern</i>	7
<i>SAM senkt Mindestgebühren für Sonderabfälle</i>	7
<i>VAWs wurde geändert</i>	7
BUND	7
<i>Für eine neue Energiepolitik in Deutschland - IHK-Positionen zur Energiepolitik</i>	7
<i>Eckpunkte zu Fortentwicklung des Emissionshandels in der Internationalen Handelsperiode (2008 - 2012)</i>	8
<i>Kabinett beschließt Gesetzentwurf zur Energiesteuer</i>	8
<i>Neue Luftgrenzwerte für Gefahrstoffe am Arbeitsplatz</i>	9
<i>Deregulierungsvorschlag zum BImSchG aus Nordrhein-Westfalen</i>	9
<i>Gentechnikgesetz soll schnell verabschiedet werden</i>	10
<i>Bundeskabinett beschließt Fluglärmsgesetz</i>	10
<i>In Arzneimitteln dürfen keine FCKW mehr verwendet werden</i>	10
<i>Vierte Änderungsverordnung zur Verpackungsverordnung in Kraft</i>	11
<i>Altfahrzeug-Verordnung novelliert</i>	11
<i>Energieverbrauch knapp unter Vorjahresniveau</i>	11
<i>Stromverbrauch und Wirtschaftswachstum entkoppelt</i>	12
<i>Statistisches Bundesamt bietet aktuelle Daten zur Energiepreisentwicklung</i>	12
<i>german-renewable-energy.com: Auslandsmarketing für erneuerbare Energie "made in Germany"</i> ..	13
EUROPÄISCHE UNION	13
<i>Überprüfung der Umweltpolitik 2005</i>	13
<i>EMAS-Verordnung an neue ISO-Norm angepasst</i>	14
<i>Kommission will Nutzung von Biokraftstoffen ankurbeln</i>	14
<i>Euro-5-Abgasnorm vorgeschlagen</i>	14
<i>DIHK fordert Novellierung des EU-Naturschutzrechts</i>	15
<i>Geräuschgrenzwerte für Baumaschinen und Rasenmäher</i>	15
<i>Einigung über die Emissionsreduzierung von F-Gasen</i>	16
<i>Kommission legt neue europäische Ressourcenstrategie vor</i>	16
<i>Kommission legt neue Abfallvermeidungs-/Recyclingstrategie vor</i>	17
<i>Kommission legt neue Strategie für die städtische Umwelt vor</i>	18
<i>EuGH verurteilt Deutschland wegen Lücken im Naturschutzrecht</i>	18
<i>Schadstoffregister erweitert - PRTR kommt</i>	18
NEUE VERFAHREN/PRODUKTE	19
FÖRDERPROGRAMME	19
RUBRIKEN	19
KURZ NOTIERT	19
VERANSTALTUNGSKALENDER	23
FÜR SIE GELESEN	26
RECYCLINGBÖRSE	28

Liebe Leserinnen und Leser,

die EU-Kommission ist entschlossen das Heft des Handelns in der Umweltpolitik fest in die Hand zu nehmen und legt eine Strategie nach der anderen vor. Am Ende der Entwicklung sollen dann – ob wir wollen oder nicht –folgende Strategien vorliegen:

- Thematische Strategie zur Luftreinhaltung
- Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling
- Thematische Strategie für den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt
- Thematische Strategie zum Bodenschutz
- Sustainable use of Pesticides
- Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen
- Thematische Strategie für die städtische Umwelt

Für Sie ist es da bestimmt nicht leicht den Überblick zu behalten, doch wir sind zuversichtlich, dass wir Ihnen mit den IHK-Umweltnachrichten regelmäßig ein Stück „Erleuchtung“ geben können.

Wir wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre.

Ihre

**Arbeitsgemeinschaft
der Industrie- und Handelskammern
Rheinland-Pfalz und Saarland**

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft der
Industrie- und Handelskammern
Rheinland-Pfalz und Saarland

Ausgabe Saarland:
Industrie- und Handelskammer
des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Straße 9
66119 Saarbrücken

Ansprechpartner:
Dr. Klaus Gärtner
☎ (0681) 95 20-425
☎ (0681) 95 20-888
✉ klaus.gaertner@saarland.ihk.de

Dr. Uwe Rentmeister
☎ (0681) 95 20-430
☎ (0681) 95 20-888
✉ uwe.rentmeister@saarland.ihk.de


SAARLAND

Neue Regelungen zur Rückgabe gebrauchter Elektrogeräte

Seit März 2005 regelt das Elektroggesetz die Entsorgung von Elektroaltgeräten grundsätzlich neu. Betroffen hiervon sind sowohl die Hersteller und Importeure solcher Geräte, aber auch der Handel kann bestimmten Verpflichtungen unterliegen. Das Gesetz selbst tritt in mehreren Stufen in Kraft. So mussten bereits bis November 2005 alle *Hersteller* registriert sein. Ab 24. März 2006 ist eine für den *privaten* Endverbraucher kostenfreie Rückgabe gebrauchter Elektrogeräte möglich. Im Saarland richtet unter anderem der Entsorgungsverband Saar diese Sammelstellen ein. Auch bei den Wertstoffhöfen und Sammelstellen der Kommunen, die aus dem EVS ausgetreten sind, können vom Rasierapparat über Computer, Fön und Fernseher bis hin zur Waschmaschine oder Kühlschrank alle Elektrogeräte kostenfrei abgeliefert werden.

Unentgeltliche Rückgabe auch für Händler

Diese Möglichkeit steht auch *Händlern* offen, die Gebrauchtgeräte von privaten Haushalten zurücknehmen. Bei Rückgabe von mehr als 20 Großgeräten muss dies allerdings vorher mit dem Entsorgungsträger abgestimmt werden. Andere gewerbliche Nutzer können Altgeräte haushaltsüblicher Art und Menge ebenfalls bei den Sammelstellen abgeben. Bei Altgeräten aus gewerblicher Nutzung hängt die Entsorgungsverantwortung davon ab, wann das Gerät in Verkehr gebracht wurde. War dies vor dem 24.03.2006, so ist der Besitzer zuständig, für später in Verkehr gebrachte Geräte muss der Hersteller eine Rücknahme anbieten. Allerdings sind Hersteller und gewerblicher Nutzer frei, untereinander abweichende Regelungen zu vereinbaren.

Eine Liste der Annahmestellen des EVS findet sich im Internet unter  www.entsorgungsverband.de, Abfallentsorgung, Elektro- und Elektronikaltgeräte.





Hersteller sollten übrigens noch ein weiteres wichtiges Datum beachten: Ab Juli 2006 gelten Stoffverbote für bestimmte Metalle und organische Flammschutzmittel. Eine Aufstellung finden Sie im Internet unter:  www.saarland.ihk.de, unter Innovation und Umwelt, Umwelt, Elektro- und Elektronikgerätegesetz.

Kosten senken durch Recycling

IHK-Börse zieht positive Bilanz für 2005

Immer mehr Unternehmen setzen auf Recycling, um Müll zu vermeiden und Kosten zu senken. Das zeigt die zunehmende Nutzung der professionellen Recyclingbörse, die von den deutschen Industrie- und Handelskammern flächendeckend angeboten wird. Im vergangenen Jahr, so die IHK, inserierten in dieser Börse bundesweit rund 5.200 Firmen, die Produktionsreststoffe und verwertbare Abfälle anzubieten hatten oder suchten. Das waren rund vier Prozent mehr als noch 2004.

Kunststoffe, Metalle und chemische Substanzen stehen derzeit besonders hoch im Kurs, darunter Stahlrohre, Salpetersäure und PVC-Reste. Gehandelt wird darüber hinaus aber fast alles, was in einer Firma anfallen kann – von Blumentöpfen über Damenschuhabsätze, Hobelspäne und Käsetheken bis hin zu Parfümölen. Das Interesse am Reststoffhandel über die IHK-Börse ist so groß wie nie: Die Zahl der Zugriffe auf die im Internet zugänglichen Inserate lag im vergangenen Jahr mit fast 39.000 Anfragen um zwölf Prozent über dem Vorjahresstand. Mehr als eine halbe Million Unternehmen haben die bundesweite Börse seit ihrer Gründung 1974 genutzt. Hauptmotiv ist – neben der Kostenersparnis – der Umweltschutz: Über die IHK-Recyclingbörse werden Ressourcen geschont und verwertbare Produktionsreststoffe einer sinnvollen Wiederverwendung zugeführt.

Als internetbasiertes System ist die Recyclingbörse für jeden Interessenten unter der Adresse  <http://recy.ihk.de> für Recherchen erreichbar. Die Eingabe von Angeboten ist erfolgt über die zuständige IHK. Das Vermittlungsverfahren und die ausschließende Kontaktherstellung erfolgt codiert und bleibt den beteiligten Unternehmen überlassen. Interessenten wenden sich bitte unter Angabe der Chiffre-Nummer schriftlich an die IHK Saarland, Frau Monika Altmeyer-Lorke, 66104 Saarbrücken,  0681/95 20 411,  0681/95 20 489,  monika.altmeyer-lorke@saarland.ihk.de. Die IHK schickt die Angebote ungeöffnet an

die Interessenten. Sie hat keinen Einfluss auf den weiteren Verfahrensverlauf oder gar die finanziellen Konditionen.

Erdgas-Tankstellennetz wird dichter

Über den Entwicklungsstand und die Zukunftsperspektiven von Erdgas als Kraftstoff konnten sich Gäste und Mitglieder der ENGVA (European Natural Gas Vehicle Association) Anfang März in Saarbrücken informieren. Eingeladen hatten die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Saarbrücken mbH (VVS) und die Saar Ferngas AG zu einem zweitägigen Fachkongress.

Auf dem Betriebshofgelände der Stadtbahn Saar GmbH konnten die Teilnehmer eine der größten Erdgas-tankstellen Europas und die größte Erdgas-Busflotte Deutschlands, die von SaarBahn&Bus betrieben wird, besichtigen. Der Fuhrpark des Nahverkehrsunternehmens wird fast zu 80 Prozent mit Erdgas angetrieben und hat damit seine Schadstoffemissionen in den letzten 10 Jahren von anfänglich 506 t/Jahr auf inzwischen 171 t/Jahr reduziert. Bis Ende 2008 soll der gesamte Fuhrpark auf Erdgastechnologie umgestellt sein. Auch bei der Stadtwerke Saarbrücken AG sind gegenwärtig etwa 65 erdgasbetriebene Fahrzeuge im Einsatz.

Bernard Contini, Vorstandsmitglied der Saar Ferngas AG hob hervor, dass das Erdgas-Tankstellennetz im Saarland weiter ausgebaut wird. Bis Ende 2006 werden im Saarland 17 Erdgastankstellen und in Rheinland-Pfalz 35 Tankstellen zur Verfügung stehen. Deutschlandweit sollen Ende 2007 rund 1.000 Erdgastankstellen eine flächendeckende Versorgung mit Erdgas für den mobilen Einsatz sicherstellen. „Die Erdgasversorger haben damit eine erhebliche Vorleistung erbracht. Jetzt ist die Automobilindustrie gefordert, ihr Angebot an Erdgasfahrzeugen zügig zu erweitern“, so Contini. Zur Zeit sind bundesweit gerade mal 37.000 Fahrzeuge im Einsatz.

Erdgas ist gegenwärtig mehr als 50 Prozent billiger als Benzin und knapp 30 Prozent günstiger als Diesel. Dies bringt für den Autofahrer deutliche Kostenvorteile im Betrieb mit sich. Die rund 3.000 Euro Aufpreis für ein solches Auto haben sich damit recht schnell wieder amortisiert. Zudem ist auch aus ökologischer Sicht der Einsatz von Erdgas zu begünstigen, da die Emissionen von Partikeln (Ruß), Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid u.a. nahezu vollständig vermieden werden.

Energieberatung per Mausclick

IZES hat ein Portal für Energiedienstleister entwickelt

Endlich ist es so weit: Unter <http://www.visavi-energiezentrum.de> gibt es jetzt eine fundierte Energieberatung im Internet. Ob zu Verbrauchsoptimierung, Heizung, Strom oder Energieeffizienz: Einfach Frage eintippen, und schon gibt die virtuelle Beraterin Petra Auskunft - rund um die Uhr, unabhängig von Ort und Öffnungszeiten. Auch persönliche Heizungs- und Strom-Checks sind möglich.

Das Saarbrücker IZES hat Konzept, Methodik und Inhalte des Portals entwickelt. Das mit Partnern realisierte Portal trägt dem unterschiedlichen Wissensstand der Besucher Rechnung und gewährleistet zugleich eine ganz individuelle Beratung über die intelligente Online-Assistentin Petra. Wer sich auf der Homepage registrieren lässt, findet auch beim nächsten Besuch seine individuellen Berechnungen, Angebote und Eingaben wieder. Damit leistet das neue virtuelle Energiezentrum deutlich mehr als die bislang auf Internetseiten üblichen allgemeinen Informationen oder Einspartipps. Idee und Umsetzung für eine solch interaktive und zugleich lernfähige Plattform stammen vom IZES, das damit seine wissenschaftlichen Erfahrungen mit intelligenter Software praxisnah für den Alltag umsetzen konnte.

Das Portal ist in drei große Bereiche aufgeteilt. Unter der Rubrik „Verbrauch optimieren“ hat der Kunde mehrere Checks zur Auswahl, mit denen sein persönlicher Strom- und Heizenergieverbrauch überprüft werden kann. Neben einer genauen Analyse erhält er konkrete Empfehlungen zur Reduzierung seines Strom- und Heizenergieverbrauchs. „Energie entdecken“ informiert über unterschiedliche Heiztechniken, Wärmedämmung und erneuerbare Energien an Hand von zahlreichen anschaulichen multimedialen Elementen. Das Kapitel „Wissen erweitern“ liefert Hintergrundinformationen zum Thema Energie. In jedem der drei Bereiche besteht die Möglichkeit, lediglich Informationen abzufragen oder mit Hilfe der Online-Beraterin Petra eine individuelle Beratung zu erhalten. Petra bietet auch eine geführte Beratung zu konkreten Themen an oder fasst zusammen, was auf der jeweiligen Seite zu finden ist.

Kontakt: IZES, Barbara Dröschel, ☎ (06 81) 9 76 28 52, ✉ droeschel@izes.de, 🌐 <http://www.izes.de>

Burger Pumpen erfolgreich bei EMAS

Burger Pumpen GmbH aus Spiesen-Elversberg hat erfolgreich die anspruchsvolle Überprüfung nach der europäischen Öko-Audit Norm EMAS bestanden. Das Unternehmen hatte seine Unternehmensabläufe auf den Prüfstand gestellt und ein Umweltmanagementsystem eingeführt.

In Gegenwart des saarländischen Umweltministers Stefan Mörsdorf überreichte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der IHK Saarland Hermann Götzinger den Geschäftsführern Wilfried und Ralf Baltes die Registrierungsurkunde.

„Schonung der Umwelt und der Energieressourcen sind kein Selbstzweck, sondern aktiver Bestandteil der Firmenphilosophie“ betonte Ralf Baltes. Er verwies darauf, dass die EMAS-Einführung auch beachtliche Kosteneinsparungen ermöglicht habe, insbesondere durch eine Steigerung der Energieeffizienz. Aber auch als Fachbetrieb nach Wasserhaushaltsgesetz profitiere er bereits von Entlastungen durch EMAS.

Burger Pumpen GmbH bietet eine Vielzahl von Dienstleistungen rund um die Pumpen- und Dichtungstechnik bis hin zu Sonderanfertigungen und Reparatur- und Serviceleistungen. Neuestes Produkt ist das „Web-Control“ mit dem internetbasiert eine Kontrolle und Steuerung von Maschinen- und Anlageneinstellungen möglich ist.

Die Teilnahme an EMAS ist freiwillig. Unternehmen erfassen und bewerten ihre Umweltauswirkungen und benennen Ziele für den eigenen betrieblichen Umweltschutz. Bereits die systematische Erfassung der Stoffstromdaten (Input/Output) kann im Betrieb erhebliche Einsparungen auslösen. Die Einrichtung eines Umweltmanagementsystems einschließlich der Prüfung durch einen unabhängigen –staatlich beaufsichtigten – Umweltgutachter gewährleistet, dass Betriebsabläufe nicht aus dem Ruder laufen; Abweichungen können frühzeitig erkannt und korrigiert werden.

Zentrales Anliegen ist die kontinuierliche Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes, die Information der Öffentlichkeit und die Einhaltung rechtlicher Bestimmungen. Das Ergebnis – ein Umweltschutz im Unternehmen oberhalb der gesetzlichen Anforderungen – wird folgerichtig auch vom saarländischen Umweltministerium gewürdigt: Neben einer Reihe verfahrensrechtlicher Erleichterungen bei Genehmigung und Überwachung kommen EMAS-Betriebe auch in den Genuss eines Gebührennachlasses von immerhin 30 Prozent bei Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Weitere Erleichterungen sind in der Diskussion.

EMAS-Urkunde für KSG Maschinenbau

Mit Bravour hat die KSG Maschinenbau GmbH aus St. Ingbert die anspruchsvolle Überprüfung nach der europäischen Öko-Audit-Norm EMAS bestanden. Das Unternehmen hatte seine Unternehmensabläufe überprüft, ein umfangreiches Umweltmanagementsystem eingeführt und dieses von einem unabhängigen Umweltgutachter bestätigen lassen. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde überreichte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der IHK Saarland, Hermann Götzinger, die Eintragungsurkunde an KSG-Geschäftsführer Hardy Hoffmann. Er dankte Geschäftsführung und Mitarbeitern für Ihr Engagement und wünschte dem Unternehmen weiterhin eine glückliche Zukunft. Auch Umweltminister Stefan Mörsdorf und Oberbürgermeister Georg Jung gratulierten dem Unternehmen und wünschten weiterhin viel Erfolg.

Die KSG Maschinenbau GmbH fertigt als mittelständisches Familienunternehmen seit mehr als 35 Jahren Schneid- und Verdichtungsgeräte besonders für den Straßenbau. Die Produktpalette reicht vom Fugenschneider für Asphalt oder Beton bis hin zum Kantenhacker zur Begradigung von Asphaltkanten. Die Kunden kommen überwiegend aus dem deutschsprachigen Europa, aber auch aus fernen Ländern bis hin zum indischen Ozean kommen immer wieder Aufträge.

Unternehmen, die erfolgreich am EMAS-System teilnehmen, können für die Einführung mit einer Förderung rechnen; im günstigsten Fall bis zu 75 Prozent der Kosten. Darüber hinaus gewährt das Saarland neben Erleichterungen im Umweltvollzug auch einen Gebührennachlass für Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz; immerhin in Höhe von 30 Prozent. Weitere Erleichterungen zu Gunsten von öko-auditierten Betrieben sind geplant.

RHEINLAND-PFALZ

Natura 2000: Land muss zwei FFH-Flächen erweitern

Rheinland-Pfalz hatte im Jahr 2001 einen ersten Vorschlag von FFH-Gebieten (**Fauna Flora Habitat**) über den Bund an die Europäische Kommission gemeldet. Diese Gebiete sind inzwischen in der Gebietsliste der Europäischen Kommission aufgenommen worden. Im Mai und Dezember 2004 hat Rheinland-Pfalz weitere FFH-Gebiete nachgemeldet. Insgesamt hat das Land 120 FFH-Gebiete mit einer Gesamtfläche von rund 250.000 Hektar gemeldet – das sind fast 13 Prozent der Landesfläche. Mit fast 18 Prozent seiner Fläche hat Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlichen Anteil an Natura-2000-Schutzgebieten (FFH- plus Vogel-schutzgebiete).

Die Europäische Kommission hat die Nachmeldungen der Länder aus dem Jahr 2004 überprüft und Ende 2005 einige Erweiterungen gefordert. Hiervon waren insbesondere die norddeutschen Länder betroffen. Für Rheinland-Pfalz sah die Kommission einen ergänzenden Nachmeldebedarf für lediglich zwei Arten: die „Mopsfledermaus“ und die „Dicke Trespe“.

Das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) hat daraufhin einen Vorschlag zur Erweiterung der FFH-Gebiete Ahringsbachtal (Mopsfledermaus) und Mesenberg bei Wittlich (Dicke Trespe) erarbeitet.

SAM senkt Mindestgebühren für Sonderabfälle

Zum 1. Januar 2006 hat die SAM (Sonderabfall-Management-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH) die Mindestgebühren für andienungspflichtige Sonderabfälle gesenkt. Bei einstufiger Entsorgung beträgt die Mindestgebühr jetzt 0,60 Euro je angefangener Tonne (statt 0,80) und bei mehrstufiger Entsorgung 0,40 Euro je angefangener Tonne (statt 0,50). Diese Regelung findet Anwendung, soweit bei andienungspflichtigen Sonderabfällen die Entsorgungskosten geringer als 20 Euro je Tonne sind.

VAwS wurde geändert

Die Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (VAwS) vom 1. Februar 1996 ist durch die Zweite Landesverordnung zur Änderung der Anlagenverordnung vom 4. November 2005 (GVBl. S. 491) geändert worden. Die Änderung trat am 30. November 2005 in Kraft.

BUND

Für eine neue Energiepolitik in Deutschland - IHK-Positionen zur Energiepolitik

Die IHK Saarland spricht sich für eine grundlegende Neuorientierung der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland aus. Vor dem Hintergrund der weltweit hohen und weiter steigenden Energiepreise und zunehmender politischer Risiken ist die Bundesregierung gefordert, dringend ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das die drei wichtigsten Ziele **Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit** wieder ins Gleichgewicht bringt. Der bisherige Sonderweg, den Produktionsfaktor Energie aus – teilweise vorgeschobenen – umweltpolitischen Gründen überdurchschnittlich zu belasten, gefährdet den Standort Deutschland in zunehmenden Maße.

International wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere Energieversorgung sind die Eckpfeiler jeder fortgeschrittenen Volkswirtschaft. Dies gilt erst recht für das Saarland: Energieerzeugung und –verbrauch liegen hierzulande weit über dem Durchschnitt. Unsere exportintensive Industrie ist in noch höherem Maße dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt als die bundesdeutsche Wirtschaft insgesamt. Energiepolitische Versäumnisse und Fehlentwicklungen treffen das Saarland deshalb noch härter als andere Regionen.

Eine ausführliche Analyse der Situation auf dem Energiemarkt und die vollständigen Positionen zur Energiepolitik finden sie hier:  <http://www.saarland.ihk.de/ihk/down/presse/energiedeutsch.pdf>

Eckpunkte zu Fortentwicklung des Emissionshandels in der Internationalen Handelsperiode (2008 - 2012)

Die deutsche Bundesregierung muss der Europäischen Kommission bis zum 30. Juni 2006 einen Nationalen Allokationsplan (NAP II) vorlegen, in dem insbesondere die Rahmenbedingungen für die Zuteilung der CO₂-Zertifikate für den Emissionshandel in der zweiten Internationalen Handelsperiode 2008 – 2012 festgelegt werden.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) betrachtet einen europaweiten und internationalen Emissionshandel als Chance, CO₂-Emissionen ökonomisch und ökologisch effizient zu reduzieren. Die derzeitige Umsetzung des Handelssystems in Deutschland ist jedoch überreglementiert und belastet die Unternehmen mit hohem Aufwand. Zudem benachteiligt die unterschiedliche Ausgestaltung des Handelssystems in den Mitgliedstaaten die deutschen Unternehmen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten.

Ziel für die Internationale Handelsperiode muss sein, das Handelssystem wirtschaftsverträglicher zu organisieren. Der DIHK fordert deshalb mit dem Positionspapier „Eckpunkte zur Fortentwicklung des Emissionshandels in der Internationalen Handelsperiode (2008 – 2012)“ insbesondere einen vereinfachten Emissionshandel mit niedrigeren Bürokratiekosten, eine Kleinmengenregelung sowie eine europaweite Harmonisierung der Nationalen Allokationspläne.

Die vollständigen DIHK-Positionen zur Fortentwicklung des Emissionshandels in der Internationalen Handelsperiode (2008 – 2012) [pdf-Datei, 46 KB] kann per E-Mail angefordert werden bei IHK Saarland, Frau Ingrid Klein, ☎ (0681) 9520-431, ✉ (0681) 9520-888, ✉ ingrid.klein@saarland.ihk.de

Kabinett beschließt Gesetzentwurf zur Energiesteuer

Das Bundeskabinett hat am 15. März Änderungen bei der Energiebesteuerung beschlossen. Die zur Umsetzung der EU-Energiesteuerrichtlinie im Mineralölsteuergesetz erforderlichen Änderungen sind zum Teil grundlegend und können nicht mehr in das bestehende Mineralölsteuergesetz eingearbeitet werden. Das deutsche Mineralölsteuerrecht bedarf daher einer grundlegenden Neugestaltung. Es wird durch ein Energiesteuergesetz – ohne Änderung der Steuertarife - abgelöst. Wesentliche Änderungen sind:

- Der Katalog der Steuergegenstände des Mineralölsteuergesetzes wird erweitert um Steinkohle, Braunkohle und Koks. Allerdings werden alle Energieerzeugnisse, die zur Stromerzeugung dienen, grundsätzlich von der Steuer befreit.
- Die Vorschriften zur Steuerbegünstigung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung werden geändert. Die Steuerbefreiung für Kleinanlagen bis zu 2 MWh bleibt erhalten.
- Die Besteuerung von Erdgas wird neu geregelt. Beim Autogas ändert sich aber nichts: Erdgas bleibt bis 2020 und Flüssiggas bis 2009 für den Einsatz in Motoren steuerlich begünstigt. Für Gasöle, die steuerfrei als Kraftstoff in der Schifffahrt verwendet werden, wird eine Kennzeichnungspflicht eingeführt.
- Es erfolgt die Einführung einer Besteuerung der Biokraftstoffe von 15 Cent je Liter für Pflanzenöl, 10 Cent je Liter für Biodiesel in Reinform und 15 Cent je Liter für Biodiesel als Beimischungskomponente. Allerdings bleiben in der Land- und Forstwirtschaft verwendete reine Biokraftstoffe von der Steuer befreit. Die Beimischungspflicht wird in einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren geregelt.

Im Stromsteuergesetz werden für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes Steuervergünstigungen bis hin zur vollständigen Befreiung von der Stromsteuer neu geregelt. Begünstigte Prozesse und Verfahren sind:

- Die Elektrolyse,
- die Herstellung von Glas und Glaswaren, keramischen Erzeugnissen, keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten, Ziegeln und sonstiger Baukeramik, Zement, Kalk und gebranntem Gips, Kalksandsteinen, Asphalt und mineralischen Düngemitteln, das Brennen, Schmelzen, Warmhalten oder Entspannen der vorgenannten Erzeugnisse oder der zu ihrer Herstellung verwendeten Vorprodukte oder
- die Metallerzeugung und -bearbeitung mit Schmelzen, Warmhalten oder Entspannen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung kann per E-Mail angefordert werden bei IHK Saarland, Frau Ingrid Klein, ☎ (0681) 9520-431, ✉ (0681) 9520-888, ✉ ingrid.klein@saarland.ihk.de

Neue Luftgrenzwerte für Gefahrstoffe am Arbeitsplatz


Die neue Technische Regel für Gefahrstoffe TRGS 900 „Arbeitsplatzgrenzwerte“ ist im Bundesarbeitsblatt 01/2006 veröffentlicht worden. Die neue TRGS 900 enthält rund 260 verschiedene Grenzwerte. In der Vorgängerversion waren noch für ungefähr 650 verschiedene Stoffe Grenzwerte festgelegt. Ungefähr 200 Stoffe wurden in eine Bearbeitungsliste überführt, mehr als 200 Stoffe in eine Streichliste aufgenommen.

Die Überarbeitung der TRGS 900 war durch das neue, an die EU-Regelungen angepasste Grenzwertesystem notwendig geworden, das mit der Novelle der Gefahrstoffverordnung zum Jahresbeginn 2005 eingeführt wurde. Danach wurden die bisherigen Luftgrenzwerte „Maximale Arbeitsplatzkonzentration“ (MAK) und „Technische Richtkonzentration“ (TRK) durch den „Arbeitsplatzgrenzwert“ (AGW) ersetzt. In der Folge konnte keiner der ehemaligen TRK-Werte in die neuen Arbeitsplatzgrenzwerte überführt werden. Grund: Während sich die TRK-Werte an den Möglichkeiten technischer Schutzmaßnahmen orientierten, sind Arbeitsplatzgrenzwerte per Definition gesundheitsbasierte Werte, bei deren Einhaltung eine Beeinträchtigung der Gesundheit grundsätzlich ausgeschlossen werden soll.

Für einige Stoffe mit ehemaligen TRK-Werten soll langfristig jedoch ein gesundheitsbasierter Arbeitsplatzgrenzwert erarbeitet werden. Diese Stoffe wurden in eine Bearbeitungsliste aufgenommen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Grenzwertkonzentration bei einem Arbeitsplatzgrenzwert deutlich niedriger als bei einem TRK-Wert ausfallen wird. Andere TRK-Werte, für die aus heutiger Sicht kein Grenzwert abgeleitet werden kann, wurden in die Streichliste überführt – zu diesen Stoffen wird es in absehbarer Zeit keinen Grenzwert mehr geben.

Dagegen konnten die meisten der – ebenfalls gesundheitsbasierten – ehemaligen MAK-Werte größtenteils ohne Änderungen in neue AGW-Werte überführt werden. Dennoch sind in der neuen TRGS 900 auch etliche der bisher gewohnten MAK-Werte nicht mehr enthalten: Im Rahmen der Überarbeitung des Regelwerks wurden die Begründungen zu den Einzel-Grenzwerten systematisch geprüft. Resultat ist entweder eine endgültige Streichung des Grenzwertes (Streichliste) oder die Aufnahme in die Bearbeitungsliste, wenn weitere Anpassungen und Überarbeitungen notwendig sind.

Insgesamt wurden rund 200 Stoffe in die Bearbeitungsliste überführt. Die Dringlichkeit, mit der für die einzelnen Stoffe neue Grenzwerte festgelegt werden, wird momentan vom Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) ermittelt. Bereits im laufenden Jahr sollen für die ersten Stoffe aus der Bearbeitungsliste neue Arbeitsplatzgrenzwerte abgeleitet werden, die dann in der TRGS 900 ergänzt werden. Es ist jedoch absehbar, dass die Neuaufrstellung von Arbeitsplatzgrenzwerten im Einzelfall mehrere Jahre dauern kann.
(Quelle: Benedikt Vogt, IHK Freiburg)

Die neue TRGS 900 ist im Internet einsehbar unter:  <http://www.baua.de/> (Rubrik: Themen von A-Z / Gefahrstoffe / TRGS)

Deregulierungsvorschlag zum BImSchG aus Nordrhein-Westfalen

Die konsequente Zurückführung der Genehmigungserfordernisse im Immissionsschutzrecht (BImSchG) auf EU-Niveau hat das Land Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen. Ein Antrag im Bundesrat ist gestellt. Die Auswirkungen auf die Praxis dürften erheblich sein. Kein Vorschlag von vielen, sondern eine sehr konsequente Anwendung der Forderung nach einer 1:1-Umsetzung von EU-Recht ist der Gesetzesantrag 819/05 des Landes Nordrhein-Westfalen. Er sieht vor, die Verfahrenserfordernisse des deutschen Immissionsschutzrechts auf das Niveau der IVU-Richtlinie zu beschränken. Dies betrifft zum einen die Abschaffung des Erörterungstermins, zum anderen die Ausdünnung der 4. BImSchV.

Derzeit laufen bereits intensive Diskussionen in den Ländern über die Frage, ob und inwieweit man den Vorschlag unterstützen soll. (Quelle: DIHK)

Gentechnikgesetz soll schnell verabschiedet werden

Das Bundeskabinett hat eine Formulierungshilfe für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes beschlossen. Die Formulierungshilfe wird den Regierungsfractionen im Bundestag zur Verfügung gestellt, die dann umgehend eine Gesetzesinitiative einleiten können.

Ziel ist es, das Gentechnikgesetz möglichst schnell zu verabschieden. Dann kann die EU-Freisetzungsrichtlinie kurzfristig in nationales Recht umgesetzt werden. Die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 regelt die Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt zu Erprobungs- oder Forschungszwecken. Weiter gilt sie für das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen (GVO). Die EU-Freisetzungsrichtlinie trat am 17. April 2001 in Kraft und war umgehend in nationales Recht umzusetzen.

Bisherige gesetzliche Regelungen in Deutschland: Das Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts vom 21. Dezember 2004 hat bereits Teile der EU-Richtlinie umgesetzt. Eine vollständige Umsetzung steht aber noch aus. Dies stellte der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 15. Juli 2004 fest. Die jetzt beschlossene Formulierungshilfe dient vor allem der Vermeidung eines von der EU-Kommission angedrohten Zwangsgeldes. Der vorliegende Gesetzentwurf regelt vor allem Form- und Verfahrensvorschriften. Sie betreffen die Antragstellung, Bearbeitungsfristen sowie Überwachungsmaßnahmen.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Novelle des Gentechnikgesetzes befindet sich noch in Vorbereitung. Sie wird nach Aussage von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer voraussichtlich Mitte des Jahres vorgelegt werden.

Bundeskabinett beschließt Fluglärmgesetz

Ein Veteran unter den Umweltgesetzen, das Fluglärmgesetz, wird bald einer Generalüberholung unterworfen. Die Lärmwerte von 75 dB(A) in Schutzzone 1 und 67 dB(A) in Schutzzone 2 sollen durch ganz erheblich niedrigere Werte abgelöst werden: Bei neuen Flughäfen soll für die Schutzzone 1 ein Wert von 60 und für Schutzzone 2 ein Wert von 55 Dezibel vorgeschrieben werden, bei bestehenden Flughäfen Werte von 65 bzw. 60 Dezibel. Die Lärmgrenzwerte bestimmen die äußere Grenze der Schutzzonen, innerhalb derer Bauverbote gelten und passiver Schallschutz vom Flughafenbetreiber finanziert werden muss.

Neu eingeführt wird für Flughäfen, die Nachtbetrieb vorsehen, die Einrichtung einer Nacht-Schutzzone. Hier gelten für bestehende Flughäfen 55 Dezibel und bei neuen Flughäfen 53 Dezibel als Grenze. Sechsmal kann ein Wert von 57 Dezibel erreicht werden. Sollte ein neuer Flughafen mit Nachtbetrieb nach 2010 hinzukommen, müsste dieser eine Nacht-Schutzzone bei 50 Dezibel (bei sechsmaliger Überschreitung bis 53 Dezibel) einrichten. Wer nicht regelmäßig mit Lärmschutz zu tun hat, sollte wissen, dass hier Quantensprünge verlangt werden.

Im Lärmschutzbereich sind weiterhin Krankenhäuser, Altenheime, etc. unzulässig. Das Verbot erstreckt sich aber über einen wesentlich größeren Raum als bisher. Gleiches gilt für Schulen und Kindergärten in den Tages-Schutzonen. Neue Wohnungen sind unzulässig in Tages-Schutzzone 1 und in der Nacht-Schutzzone, soweit diese relevant wird. Allerdings wurden die Ausnahmen für diese Regel erweitert.

Da der Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmen muss, wird das Gesetzgebungsverfahren vermutlich schnell ablaufen.

In Arzneimitteln dürfen keine FCKW mehr verwendet werden

Seit dem 1. Januar 2006 dürfen keine Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) in Arzneimitteln mehr verwendet werden. FCKW schädigen die lebenserhaltende Ozonschicht, die die schädlichen Anteile des Sonnenlichtes herausfiltert. Mit der jetzt erfolgten Bekanntmachung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) im Bundesanzeiger hat Deutschland als eines der ersten Länder weltweit den Ausstieg bei FCKW in Arzneimitteln vollzogen.

Gemäß dem Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, sind die Herstellung und der Verbrauch von FCKW in der EU und in allen Industrieländern – in Deutschland u. a. durch die FCKW-Halon-Verbotsverordnung – seit dem 1. Januar 1995 verboten. Jedoch standen bislang FCKW insbesondere im Rahmen einer Ausnahmeregelung für wichtige Verwendungszwecke auf Antrag zur Verfügung. Diese Ausnahmeregelung erlaubte die weitere Herstellung und Verwendung von FCKW für Arzneimittel zur Behandlung schwerwiegender Gesundheitsstörungen, bei denen der Einsatz von FCKW als Treibgas

zwingend erforderlich war. Hierzu gehört die Behandlung von Asthma und chronisch-obstruktiven Atemwegserkrankungen mit Dosieraerosolen (Asthmasprays). Inzwischen gibt es Alternativen beispielsweise in Form von Pulverinhalatoren oder alternativen Treibmitteln.

Den Text der Bekanntmachung gibt es im Internet unter:

 www.bfarm.de/de/Arzneimittel/zul/bekanntm/index.php.

Vierte Änderungsverordnung zur Verpackungsverordnung in Kraft

Am 7. Januar 2006 ist die Vierte Änderungsverordnung zur Verpackungsverordnung vom 30. Dezember 2005 in Kraft getreten (Bundesgesetzblatt Teil I, S. 2). Damit wird die Europäische Richtlinie 2004/12/EG in nationales Recht umgesetzt. Durch die Änderungsverordnung werden die Begriffsbestimmungen für Verpackungen ergänzt und neue Zielvorgaben für die Verwertung der einzelnen Verpackungsmaterialien festgelegt. Da Deutschland bereits gegenwärtig bei sämtlichen Materialarten die für Ende 2008 verlangten Quoten erfüllt, haben die Vorgaben keine Auswirkungen auf die Praxis.

Auswirkungen auf die Praxis wird hingegen die zum 1. Mai 2006 in Kraft tretende letzte Stufe der Dritten Änderungsverordnung zur Verpackungsverordnung haben. Damit entfallen insbesondere die so genannten Insellösungen der Discounter. Stattdessen hat ab diesem Zeitpunkt eine materialspezifische Rücknahme der Getränkeverpackungen zu erfolgen. Die beiden federführenden Verbände BVE und HDE arbeiten zurzeit an dem Aufbau der „Deutschen Pfandsystem GmbH“ (DPG), die vor allem das Pfandlogo sowie das Kennzeichnungs- und Zertifizierungsmanagement organisieren soll, damit ab dem 1. Mai die Rücknahme reibungslos funktioniert.

Altfahrzeug-Verordnung novelliert

Künftig unterliegen auch Wohnmobile den besonderen Bestimmungen zur Wiederverwertung. Dies sieht eine Änderung der Altfahrzeug-Verordnung vom 9. Februar 2006 (BGBl. I, S. 326) vor, die zum 1. April in Kraft tritt. Damit erfüllt die Bundesregierung eine Forderung der Europäischen Kommission, die deutsche Regelung in einzelnen Punkten an die EU-Altfahrzeugrichtlinie anzupassen.

Ab dem 1. August 2006 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht – beispielsweise Wohnmobile – der Altfahrzeug-Verordnung unterliegen. Ausgenommen von den Schwermetallverboten, die das europäische Recht vorgibt, sind bei Wohnmobilen allerdings so genannte kraftfahrzeugfremde Ausrüstungsgegenstände wie Badezimmer- oder Küchenarmaturen, Mikrowellengeräte oder Kühlschränke.

Zudem wird die bisherige kostenlose Rückgabemöglichkeit für in Deutschland zugelassene Fahrzeuge auf alle innerhalb der EU zugelassenen Fahrzeuge ausgedehnt. Auch die Verpflichtung der Hersteller zur Bereitstellung von Demontage-Informationen wird ergänzt.

Mit der beschlossenen Änderungsverordnung hat die Bundesregierung die Voraussetzungen für die Einstellung des von der Europäischen Kommission eingeleiteten Klageverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) geschaffen. Ferner wurden vom Bundesrat im November 2005 gewünschte weitere Klarstellungen und Konkretisierungen in verschiedenen Bestimmungen übernommen.

Energieverbrauch knapp unter Vorjahresniveau

Trend zur Energieeffizienz hält an, Erneuerbare Energien wachsen weiter

Mit insgesamt 486 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) oder 14.238 Petajoule lag der Verbrauch an Primärenergieträgern in Deutschland im vergangenen Jahr nach ersten Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) um 1,3 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahres. Auswirkungen auf den Energieverbrauch hatten sowohl das hohe Preisniveau als auch der Konjunkturverlauf. Das gegenüber dem Vorjahr unveränderte Temperaturniveau hatte hingegen kaum Einfluss. Bei einer um knapp ein Prozent erhöhten Wirtschaftsleistung konnte die Energieeffizienz erneut gesteigert werden.

Der Mineralölverbrauch verringerte sich 2005 in Deutschland um knapp zwei Prozent auf 174,8 Mio. t SKE. Der Verbrauch an Ottokraftstoffen sank um sechs Prozent, der von leichtem Heizöl fiel um fast zwei Prozent. Demgegenüber blieb die Nachfrage nach Dieselmotorkraftstoff nahezu konstant. Kräftig um fast 7 Prozent stieg der Absatz von Flugkraftstoffen. Konjunkturbedingt erhöhte die Industrie ihren Bedarf an Rohbenzin leicht

um knapp 1 Prozent. Insgesamt blieb das Mineralöl mit einem Anteil von 36 Prozent an der Energiebilanz der mit Abstand wichtigste Energieträger in Deutschland. Der Erdgasverbrauch lag mit 110,4 Mio. t SKE auf Vorjahresniveau. Einem Zuwachs bei der Stromerzeugung standen Verbrauchsrückgänge im Bereich von Haushalten und Kleinverbrauchern gegenüber. Der Anteil des Erdgases an der Primärenergiebilanz erhöhte sich leicht auf 22,7 Prozent.

Die Steinkohle verzeichnete infolge eines geringeren Einsatzes in den Kraftwerken und der rückläufigen Roheisenerzeugung einen Verbrauchsrückgang um mehr als 5 Prozent auf 62,8 Mio. t SKE. Damit deckte die Steinkohle einen Anteil von 13 Prozent am gesamten Energieverbrauch.

Die Verbrauch von Braunkohle ging wegen geringerer Lieferungen an die Kraftwerke um 3,2 Prozent auf 54,4 Mio. t SKE zurück. Mit einem Anteil von 11,2 Prozent am gesamten Primärenergieverbrauch blieb die Braunkohle der wichtigste heimische Energieträger. Mehr als 90 Prozent der Braunkohlenförderung werden zur Stromerzeugung eingesetzt.

Der Beitrag der Kernenergie zum Primärenergieverbrauch sank um mehr als 2 Prozent auf 60,7 Mio. t SKE. Wasserkraftwerke und Windkraftanlagen erhöhten ihren Beitrag um 3,6 Prozent. Der Beitrag aller regenerativen Energien zum Primärenergieverbrauch stieg auf 4,6 Prozent.

Pressekontakt: Uwe Maaßen DEBRIV - Bundesverband Braunkohle, Postfach 40 02 52, 50832 Köln, Max-Planck-Straße 37 50858 Köln, ☎ +49 (0)2234 1864 (0) 34, ✉ +49 (0)2234 1864 18

Stromverbrauch und Wirtschaftswachstum entkoppelt


Die Energieintensität der deutschen Wirtschaft nimmt weiter ab. Während das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2005 durchschnittlich um 1,3 Prozent pro Jahr wuchs, stieg der Stromverbrauch im Mittel um 0,9 Prozent jährlich. Wichtige Gründe für die Entkopplung von Konjunktur und Stromverbrauch sind neue Techniken sowie Investitionen für effizienten Energieeinsatz. Außerdem spielt der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft und das allgemein wachsende Energiebewusstsein eine Rolle. In den fünfziger Jahren ist der Stromverbrauch in Westdeutschland mit zehn Prozent pro Jahr wesentlich stärker gestiegen als das Wirtschaftswachstum mit 8,2 Prozent pro Jahr. Die Trendwende hat in den achtziger Jahren begonnen: Dem Stromverbrauch mit einem Plus von 1,8 Prozent jährlich stand ein Wachstum des Inlandsprodukts von 2,3 Prozent gegenüber.

Eine weitere Verbesserung der Energieeffizienz erwartet der VDEW durch die kürzlich verabschiedete EU-Energiedienstleistungs-Richtlinie: "Die Energieeffizienz auf europäischer Ebene wird mit dem von uns eingebrachten Benchmarkmodell erst effizient". Das Modell setze auf sektorale Energieeffizienz-Indikatoren und erreiche hierüber eine kostengünstige und unbürokratische Erfassung der Endenergieverbräuche. Zugleich fördere die Bildung von Benchmarks auf Grundlage allgemein vergleichbarer Indikatoren die Harmonisierung eines europaweiten Einsparniveaus.


Quelle: Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW)

Statistisches Bundesamt bietet aktuelle Daten zur Energiepreisentwicklung

Der starke Anstieg der Energiepreise in den letzten Monaten hat das Interesse an verlässlichen und übergreifenden Angaben über die Preisdynamik unterschiedlicher Energiearten verstärkt. Das Statistische Bundesamt bietet deshalb als neue Serviceleistung eine monatliche Querschnittspublikation zum kostenfreien Download an. In dieser Veröffentlichung werden für unterschiedliche Energiearten (Steinkohle, Braunkohle, Rohöl, Erdgas, Benzin, Diesel, leichtes Heizöl, schweres Heizöl, Flüssiggas, Strom und Fernwärme) Preisindizes des Statistischen Bundesamtes auf unterschiedlichen Stufen der Wertschöpfungskette (Import, Erzeugung, Verteilung, Endverbrauch, Export) zusammengestellt. Ergänzt werden diese Preisindizes mit Angaben über absolute Preisniveaus für Erdgas, leichtes und schweres Heizöl sowie für Strom. Hinzu kommen methodische Erläuterungen, eine Übersicht über die Entwicklung der Energiebesteuerung sowie Links zu weiterführenden Informationen.


Diese Veröffentlichung kann ab sofort über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes ( www.destatis.de/shop) unter der Produktnummer 5619001 bezogen werden. Sie wird monatlich nach Vorliegen aller Informationen (circa am 26. des jeweiligen Folgemonats) aktualisiert.

german-renewable-energy.com: Auslandsmarketing für erneuerbare Energie "made in Germany"

Im Bereich der regenerativen Energien gehört Deutschland - auch dank sehr guter Förderinstrumente - technologisch zu den Spitzenreitern weltweit. Einen wichtigen Beitrag zur Information über den deutschen Standort für erneuerbare Energien und zum Auslandsengagement inländischer Unternehmen leistet das Themenportal  www.german-renewable-energy.com des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Das dreisprachige Internetangebot präsentiert sich nun in durchgängig neuer Gestaltung auf Basis des Corporate Design des Ministeriums.

Die Webseite richtet sich im Rahmen der "Exportinitiative Erneuerbare Energien" an ein breites internationales Publikum. Thematisch im Mittelpunkt stehen die Möglichkeiten zur nachhaltigen Energieversorgung und zur CO₂-Reduktion - insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer.



Dabei vermittelt das Angebot einen Überblick, welche praktischen Lösungsansätze sich durch leistungsstarke und innovative Technologien "made in Germany" erschließen.

Mit zahlreichen Fallstudien zum erfolgreichen Einsatz deutscher Technologien im Ausland bietet  www.german-renewable-energy.com einen praxisbezogenen Einstieg in die Thematik. Sonne, Wind- und Wasserkraft, Geothermie und Biomasse - hier finden sich Informationen zu allen Formen der erneuerbaren Energiegewinnung. Den Besuchern steht darüber hinaus eine Unternehmensdatenbank zur Verfügung, in der die in den einzelnen Energiebereichen tätigen Unternehmen recherchiert werden können. Ob Finanzierung, Projektplanung oder Marktanalysen: Zu vielen Themen sind darüber hinaus umfassende Fachvorträge als Downloads verfügbar.

Online verfügbar sind auch aktuelle Meldungen aus der Wirtschaftsbranche der erneuerbaren Energien. Hierbei werden insbesondere Aktivitäten deutscher Unternehmen auf Auslandsmärkten sowie neue technologische, politische und wirtschaftliche Entwicklungen aufgegriffen. Außerdem finden sich unter "Veranstaltungen" Hinweise zu Unternehmerreisen, Messen, Kongressen und Symposien im In- und Ausland.

Auslandsmessen: Chancen für die deutsche Energiewirtschaft

Das BMWi beteiligt sich mit dem Sonderprogramm "Exportinitiative Erneuerbare Energien" seit 2003 jährlich an branchenspezifischen Auslandsmessen. Mit einem Rahmenprogramm informiert das Ministerium auf diesen Messen über die Leistungsfähigkeit deutscher Energietechnologien. Deutsche Unternehmen haben die Möglichkeit, innerhalb des deutschen Gemeinschaftsstandes an den Auslandsmessen teilzunehmen. German-renewable-energy.com unterstützt die Bewerbung der Messebeteiligungen im Vorfeld der Veranstaltung in den jeweiligen Zielmärkten. Während der Messe und nach Ende der Veranstaltung haben die Besucher des deutschen Standes die Möglichkeit, wichtige Informationen und Kontaktdaten online zu recherchieren. Eine Übersicht aller Messen mit offizieller deutscher Beteiligung sowie Kontaktmöglichkeiten und weiterführende Informationen finden Interessierte in der Rubrik "Messebeteiligungen" des Internetportals.

 www.german-renewable-energy.com - Renewable Energy Made in Germany,  www.exportinitiative.de - Exportinitiative Erneuerbare Energien - Erneuerbare Energien

EUROPÄISCHE UNION

Überprüfung der Umweltpolitik 2005

Die Europäische Kommission hat am 16. Februar 2006 eine Mitteilung zur Überprüfung der Umweltpolitik 2005 veröffentlicht.

Die Mitteilung basiert auf fünf thematischen Strategien, die als Grundlagen einer europäischen Umweltpolitik der „nächsten Generation“ dienen sollen. Die Strategien sind richtungweisend für die Maßnahmen auf den Gebieten Luftverschmutzung, Meeresumwelt, städtische Umwelt, Ressourcennutzung und Abfall. Zwei weitere Strategien zum Bodenschutz und zu den Pestiziden sind noch in der Diskussion. Weitere Maßnahmen sind das in Kraft treten des Kyoto-Protokolls, der Start der Anwendung des Emissionshandelssystems für CO₂ in der EU und die Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Umweltschutz und Umweltpolitik sind ein zentrales Element der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Präventive Maßnahmen, beispielsweise die Vermeidung von Umweltverschmutzung, sind kostengünstiger als nachgeschaltete Maßnahmen, wie z.B. eine Sanierung im Anschluss an eine Verschmutzung. Schwerpunkte für das Jahr 2006 setzt die Kommission in den Teilbereichen Klimawandel, Biologische Vielfalt, Öko-Innovation sowie Bessere Rechtsetzung und der Umsetzung von Richtlinien.

Die Mitteilung ist zu finden im Internet:


 http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0070de01.pdf.


EMAS-Verordnung an neue ISO-Norm angepasst

EMAS-Unternehmen müssen ihr Umweltmanagementsystem der neuen Norm ISO 14001 anpassen. Dies geht aus der Verordnung 196/2006 vor, die im Amtsblatt L 32 vom 4. Februar 2006 veröffentlicht wurde. Die Verordnung ersetzt den bisherigen Anhang I der EMAS-Verordnung 761/2001, der das Umweltmanagementsystem nach dem Wortlaut der ISO 14001:1996 eingeführt hatte. Nun folgt Anhang I der ISO 14001:2004.

Für EMAS-Teilnehmer von Bedeutung ist Artikel 2, der eine Übergangsregelung enthält:

1. Alle derzeit eingetragenen Unternehmen bleiben konform mit der EMAS-Verordnung, auch wenn diese seit dem 24. Februar 2006 neue Anforderungen enthält.
2. Die EMAS-Verordnung in der geänderten Fassung findet Anwendung bei der nächsten Begutachtung im Sinne von Artikel 3 Abs. 3 a) der EMAS-Verordnung.
3. Liegt der Termin für die nächste Begutachtung vor dem 24. August 2006, so kann dieser um bis zu sechs Monate verlängert werden – sofern dies im Einvernehmen mit dem Umweltgutachter und der Registrierungsstelle geschieht.

Allerdings sind die Änderungen der ISO 14001:2004 gegenüber ihrer Vorläuferin eher klarstellender Art. Eine Übersicht vermittelt die Webseite  <http://www.14001news.de>.

Die Verordnung 196/2006 ist zu finden im Internet unter:  <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html> (Rubrik: Amtsblatt).

Kommission will Nutzung von Biokraftstoffen ankurbeln

Nach Plänen der EU-Kommission sollen Biokraftstoffe künftig stärker als bisher im europäischen Verkehrssektor eingesetzt werden. In einem Strategiepapier werden sieben Schwerpunkte herausgestellt, für die Erzeugung und Nutzung von Biokraftstoffen. Noch in diesem Jahr will die Kommission eine Richtlinie vorschlagen, die statt des unverbindlichen Referenzwertes von 5,75 Prozent bis 2010 zwingende Zielvorgaben für Biokraftstoffanteile in den 25 EU-Ländern vorsieht. Offen bleibt, ob die Mindestanteile durch Beimischung von Biokraftstoffen in Diesel und Sprit oder durch den Verkauf von reinem Biodiesel bzw. Bioethanol erreicht werden sollen. Im vergangenen Jahr sei eine Beimischung von lediglich 1,4 Prozent erzielt worden – so die Kommission.

Nach Berechnung der EU-Kommission erreiche der in den EU-Ländern produzierte Biodiesel ab einem Rohölpreis von 60 Euro/Barrel die Preisgleichheit. Bei Bioethanol sei ein Ölpreis von 90 Euro/Barrel notwendig, um wettbewerbsfähig zu sein. Daher soll beispielsweise die Erzeugung von Zucker zur Herstellung von Bioethanol durch Subventionen aus dem EU-Agrarbudget bezuschusst werden.

Die Strategie ist im Internet einsehbar unter:

 http://europa.eu.int/comm/agriculture/biomass/biofuel/com2006_34_de.pdf.

Euro-5-Abgasnorm vorgeschlagen

Nach dem Willen der Europäischen Kommission sollen neue Pkw's und leichte Nutzfahrzeuge umweltfreundlicher werden. Hierzu hat sie am 21. Dezember 2005 eine Verordnung, allgemein als „Euro-5-Norm“ bekannt, vorgeschlagen, die frühestens Mitte 2008 in Kraft treten soll.

Die zulässigen Partikelemissionen von Dieselfahrzeugen sollen demnach um 80 Prozent, die Stickoxid (NOx)- Emissionen um 20 Prozent gesenkt werden. Diese verschärften Grenzwerte sind bei Dieselfahrzeugen nur mit Partikelfilter einzuhalten. Für Benzinfahrzeuge sollen die NOx- und Kohlenwasserstoffemissionen um 25 Prozent sinken. Fahrzeuge mit Benzin-Direkteinspritzung und Magerbetrieb sollen künftig ebenfalls einem Grenzwert für Partikelemissionen unterliegen.

Für Transporter enthält der Vorschlag eine Verringerung der Partikelemissionen um 90 Prozent und der NOx-Emissionen um 20 Prozent. Die Ausnahmeregelung, nach der Geländewagen (SUV) mit einer zulässigen Gesamtmasse über 2500 kg auf der Grundlage der Emissionsgrenzwerte für leichte Nutzfahrzeuge genehmigt werden können, soll wegfallen.

Die Verordnung sieht daneben vor, Hersteller künftig zu verpflichten, eine Fahrzeuglaufleistung von 160.000 km statt der bisherigen 80.000 km zu garantieren.

Der Vorschlag wird nun vom Europäischen Parlament und vom Rat geprüft. Die Übergangsfrist für die Anwendung der Verordnung soll für neue Fahrzeugtypen 18 Monate und für alle Neufahrzeuge 36 Monate ab Inkrafttreten der Verordnung betragen. Vorab können die Mitgliedstaaten finanzielle Anreize zur Beschaffung von Euro 5-Fahrzeugen erlassen. Deutschland wird vermutlich von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Die Europäische Kommission hat daneben am selben Tag eine neue Richtlinie vorgeschlagen, die zur Schaffung eines neuen Marktes für saubere Fahrzeuge beitragen soll. Betroffen sind Staat, Gebietskörperschaften, öffentlich-rechtliche Einrichtungen, öffentliche Unternehmen und im Auftrag öffentlicher Stellen tätige Verkehrsbetriebe. Die Richtlinie sieht vor, dass diese öffentlichen Stellen mindestens ein Viertel ihrer für Anschaffungen von Nutzfahrzeugen über 3,5 Tonnen vorgesehenen Mittel für „besonders umweltfreundliche Fahrzeuge“ im Sinne der Richtlinie 2005/55/EG, Abl. L 275 vom 20. Oktober 2005 aufwenden müssen.

Der Verordnungsentwurf steht im Internet unter:

 www.europa.eu.int/comm/enterprise/automotive/directives/proposals.htm.

DIHK fordert Novellierung des EU-Naturschutzrechts

Mit dieser Initiative will der DIHK die fällige Diskussion über eine Novellierung des EU-Naturschutzrechts eröffnen. Das Positionspapier der IHK-Organisation „Natur schützen – Wirtschaft stärken – Infrastruktur entwickeln“ ist erhältlich bei der IHK Saarland, Frau Ingrid Klein, ☎ (0681) 9520-431, ✉ (0681) 9520-888, ✉ ingrid.klein@saarland.ihk.de.

Geräuschgrenzwerte für Baumaschinen und Rasenmäher

Ein seltener Vorgang: In einer Richtlinie hatte die EU ab 2006 strengere Geräuschgrenzwerte für Planier- raupen, Rüttelplatten, Rasenmäher und andere Maschinen verfügt. Die Werte sind aber nicht einzuhalten. Daher wurde in aller Schnelle eine Richtlinie erlassen, die die neuen Grenzwerte zu „Richtwerten“ erklärt. Auch die entsprechende Eilverordnung wurde rechtzeitig verkündet.

Die Änderungsverordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2005/88/EG zur Änderung der Richtlinie 2000/14/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen (sog. „Outdoor“- Richtlinie). Die Änderungsrichtlinie ist am 27. Dezember 2005 im Amtsblatt der EG veröffentlicht worden. Die Richtlinie selbst war bereits bis zum 31. Dezember 2005 in nationales Recht umzusetzen und ab dem 3. Januar 2006 anzuwenden.

Die Änderungsrichtlinie betrifft insbesondere die Aussetzung der Geräuschgrenzwerte Stufe II für bestimmte Geräte und Maschinen. Hintergrund: Die Stufe II wäre am 3. Januar 2006 verbindlich geworden, kann aber aufgrund technischer Schwierigkeiten von diesen Geräten und Maschinen nicht eingehalten werden. Die Aussetzung war daher erforderlich, damit diese Geräte und Maschinen weiterhin verkehrsfähig bleiben, also weiterhin am Markt gehandelt werden können.

Die Richtlinie 2000/14/EG wurde durch Erlass der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung in deutsches Recht umgesetzt, so dass auch die Änderungsrichtlinie durch eine Änderung dieser Verordnung umgesetzt war. Da nur der Abschnitt 2 („Marktverkehrsregelungen“) der Verordnung von der Änderungsrichtlinie betroffen ist, kann die Änderungsverordnung allein auf § 3 Abs. 1 des Geräte- und Produktsicherheits-

gesetzes (GPSG) gestützt werden. Absatz 5 des § 3 GPSG eröffnet dabei die Möglichkeit zum Erlass einer „Eilverordnung“, die allerdings auf 6 Monate zu befristen ist. Für die Zeit danach ist eine „reguläre“ Verordnung auf den Weg zu bringen.
(Quelle: DIHK)

Einigung über die Emissionsreduzierung von F-Gasen

Am 1. Februar 2006 einigten sich das Europäische Parlament und der Rat auf die Strategie zur Reduzierung der Emission von fluorierten Gasen (F-Gase). Damit soll das Kyoto-Ziel der EU erreicht werden, bis 2012 die Emission von F-Gasen um 20 Prozent gegenüber 1995 zu senken. Zu den F-Gasen gehören fluorierte und perfluorierte Kohlenwasserstoffe sowie Schwefelhexafluorid. Sie werden in Kühlsystemen, Klimaanlage, bei der Brandbekämpfung, in elektrischen Schaltanlagen und bei Industrieprozessen eingesetzt. Ihr Anteil an der Treibhausgasemission der EU beträgt nur zwei Prozent, ihr Treibhauseffekt ist jedoch um ein Vielfaches höher als der von CO₂.

Das Kyoto-Ziel der EU soll durch eine Richtlinie und eine Verordnung erreicht werden, über die am 1. Februar 2006 eine Einigung erzielt wurde und die voraussichtlich Mitte 2006 durch das EU-Plenum und den Ministerrat verabschiedet werden. In der Verordnung ist vorgesehen, Leistungsstandards für die Dichte von Systemen und Anlagen, die F-Gase verwenden, festzulegen, Bestimmungen zur Rückgewinnung von Gasen einzuführen sowie die Vermarktung und Verwendung von F-Gasen bei unzureichenden Kontrollmöglichkeiten zu unterbinden.

Ein besonders wichtiger Punkt ist der schrittweise Ausstieg bei der Verwendung von F-Gasen in Pkw-Klimaanlagen. Ab dem 1. Januar 2011 soll ein Verbot für alle neuen Automodelle gelten, ab dem 1. Januar 2017 soll das Verbot für alle Nutzfahrzeuge gelten. Die EU-Staaten sind außerdem dazu angehalten, in umweltfreundliche Technologien und alternative Stoffe zu investieren.

Kommission legt neue europäische Ressourcenstrategie vor

Hintergrund der von der Kommission am 21. Dezember 2005 vorgeschlagenen neuen „Europäischen Strategie für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ ist nach Ansicht von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas die Reduzierung der negativen Auswirkungen der Nutzung von Ressourcen. Nötig sei ein umfassendes Konzept, welches die Auswirkungen der Ressourcennutzung misst und den politischen Entscheidungsträgern entsprechende Informationen zur Verfügung stellt. Beispielsweise seien 15 von 24 Ökosystemen, die Rohstoffe liefern und das Leben der Erde unterstützen, zerstört oder nicht nachhaltig genutzt worden. Die Ziele dieser Strategie lauten: „Größerer Mehrwert – weniger negative Auswirkungen – bessere Alternativen“. Für die nächsten 25 Jahre werden dazu folgende spezifische Maßnahmen vorgeschlagen:

- Errichtung eines entsprechenden, von der Kommission geleiteten Datenzentrums.
- Errichtung eines hochkarätigen internationalen Panels in Zusammenarbeit mit dem UN-Umweltprogramm UNEP.
- Entwicklung nationaler Maßnahmen und Programme durch die Mitgliedstaaten unter Leitung eines hochrangigen Forums.
- Berücksichtigung der negativen Ressourcenauswirkungen in Aktionsplänen für unterschiedliche Wirtschaftssektoren, die die Kommission im Rahmen ihrer Strategie für Wachstum und Beschäftigung entwickelt.
- Entwicklung von Indikatoren für das Monitoring bis 2008.

Kernelemente der künftigen thematischen Strategie sind die Sammlung von Know-how, Politikbewertung und die Einbeziehung in andere Politikbereiche unter Berücksichtigung nachfolgender laufender Arbeiten/Aufgaben:

- Schätzung der Material- und Abfallströme durch den Einsatz von Materialflussanalysen.
- Effizienzüberprüfung der politischen Maßnahmen inklusive ihrer Subventionswirkung für natürliche Ressourcen und Abfall.

- Festlegung konkreter Ziele für die Ressourceneffizienz mit Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und negativen Umweltfolgen.
- Förderung von Gewinnungs/Produktionsmethoden und Techniken für eine höhere Öko-Effizienz.
- Entwicklung einer breiten Palette von Instrumenten, u. a. Forschung, Technologietransfer sowie marktwirtschaftliche und ökonomische Instrumente.

Die „Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ ist im Internet einsehbar unter:  http://europa.eu.int/comm/environment/natres/pdf/com_natres_de.pdf.

Kommission legt neue Abfallvermeidungs-/Recyclingstrategie vor

Hintergrund der neuen EU-Strategie zur Vermeidung und Wiederverwertung von Abfällen, die die Kommission am 21. Dezember 2005 vorgeschlagen hat, ist nach Ansicht von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas das überproportionale Wachstum des Abfallvolumens in Europa. Jährlich würden in der EU über 1,3 Milliarden Tonnen Abfälle produziert werden; beispielsweise sei von 1995 bis 2003 die Menge an Siedlungsabfällen um 19 Prozent gestiegen. Vor diesem Hintergrund müsse die EU-Abfallpolitik modernisiert werden, insbesondere durch neue Strategien zur Förderung von Abfallvermeidung, -recycling und -wiederverwertung.

Kern des vorgeschlagenen Maßnahmenpaketes dieser Recyclingstrategie ist die Modernisierung der EU-Abfallrichtlinie von 1975 mit insbesondere folgenden Hauptpunkten:

- Verbesserte Nutzungen der Ressourcen.
- Erstellung von nationalen Abfallvermeidungsprogrammen.
- Verbesserung des Recyclingmarktes durch Umweltstandards, die den Beginn und das Ende der Abfalleigenschaft festlegen.
- Vereinfachung von Rechtsvorschriften durch Klärung von Definitionen sowie Integration der Richtlinien über gefährliche Abfälle (91/689/EWG) und über die Altölbeseitigung in die novellierte Abfallrahmenrichtlinie.

Vorgesehen ist im Rahmen der „Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung“ eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling, aus der folgendes fest zu halten ist:

- Abfall war in den letzten 30 Jahren und steht weiterhin im Mittelpunkt der gemeinschaftlichen Umweltpolitik und ist auch vorrangiges Gebiet für die Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts im Rahmen der EU-Ziele für bessere Rechtsetzung.
- Dabei wurden erhebliche Fortschritte erzielt: Sanierung von Deponien und Verbrennungsanlagen; neue Behandlungstechnologien; Reduzierung gefährlicher Stoffe in Fahrzeugen und elektronischen Geräten; niedrigere Emissionen; wertvolle Ressource für die Industrie.
- Dennoch bleibt Abfall ein Problem: steigende Abfallmengen; unzureichende und unterschiedliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten; keine optimale Abfallvermeidung/Verwertung; keine umfassende Abfallpolitik; insgesamt ineffiziente Ressourcennutzung; unklares und in der Auslegung unterschiedliches Gemeinschaftsrecht.
- Ziele der neuen EU-Abfallpolitik: 1. Verringerung der negativen ökologischen Gesamtfolgen der Ressourcennutzung; 2. weiterhin Forderungen von Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Recycling und Verwertung.

Die „Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung: Eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling“ ist im Internet einsehbar unter:

 http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0666de01.pdf.

Kommission legt neue Strategie für die städtische Umwelt vor

Die EU-Kommission will für saubere Städte sorgen und hat am 11. Januar 2006 eine neue „Thematische Strategie für die städtische Umwelt“ vorgelegt. Ziel ist es, den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken zwischen den europäischen Kommunalbehörden zu fördern und so eine bessere Umsetzung des EU-Umweltrechts auf lokaler Ebene zu erreichen. Die Kommission schlägt unter anderem vor, Leitlinien für ein integriertes Umweltmanagement und eine nachhaltige Planung des städtischen Verkehrs zu entwickeln. Die „Thematische Strategie für die städtische Umwelt“ ist im Internet einsehbar unter:

 http://europa.eu.int/comm/environment/urban/pdf/com_2005_0718_de.pdf

EuGH verurteilt Deutschland wegen Lücken im Naturschutzrecht

Am 10. Januar 2006 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) einer Klage der EU-Kommission gegen die Umsetzung der FFH-Richtlinie (**Fauna Flora Habitat**) im deutschen Naturschutzrecht stattgegeben. Das Urteil dürfte rechtlich und praktisch schwerwiegende Konsequenzen haben. So werden künftig alle Arten von Projekten grundsätzlich einer Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen sein – auch solche die nicht nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftig sind.



Sechs Mängel hatte die Kommission im deutschen Naturschutzrecht gefunden, in allen sechs Fällen war sie vor Gericht erfolgreich. Zunächst verbietet der EuGH, den Begriff „Projekt“ einzuschränken durch Heranziehung von Kriterien, die ungeeignet sind. So sind insbesondere die Einschränkungen „genehmigungsbedürftige Anlage nach Bundes-Immissionsschutzgesetz“ oder „erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung“ irrelevant. Folge: Grundsätzlich kommen Verträglichkeitsprüfungen nach FFH-Richtlinie auch bei Bauten oder Tätigkeiten zum Tragen, die an sich geringfügige Auswirkungen auf die Umwelt haben. Im Grunde steht damit die Struktur des deutschen Genehmigungsrechts zur Disposition. Wenn die naturschutzrechtliche Prüfung mehr oder weniger unabhängig von sonstigen Genehmigungen abläuft, ist der Schritt nicht mehr weit zu einer naturschutzrechtlichen Genehmigung, die zusätzlich zu anderen Genehmigungen erteilt werden muss – nach den Kriterien des Naturschutzrechts. Die Folgerungen sind beachtlich.

Ferner erklärt der EuGH auch solche Auswirkungen auf Schutzgebiete für relevant, die nicht „im Einwirkungsbereich der Anlage“ liegen. Folge: Wesentlich mehr Verträglichkeitsprüfungen und eine starke Erweiterung des Untersuchungsbereichs. Ebenso folgenreich – vor allem für die Landwirtschaft – dürfte die Entscheidung sein, dass auch unbeabsichtigte Störungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten einem Verbot unterliegen müssen. Schließlich werden auch die Ausnahmen vom strengen Artenschutz, soweit sie nicht exakt den Regelungen der FFH-Richtlinie entsprechen, für EU-rechtswidrig erklärt.

Schadstoffregister erweitert - PRTR kommt

Mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union (L 032/54 vom 04.02.2006) ist das UN-ECE-Protokoll über Register zur Erfassung der Freisetzung und Übertragung von Schadstoffen genehmigt worden. Gleichzeitig wurde die Verordnung (EG) über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters (PRTR) veröffentlicht (L033/1 vom 04.02.2006). Damit werden Eigentümer oder Betreiber von Anlagen verpflichtet, soweit bestimmte Kapazitätsschwellenwerte überschritten werden, Schadstoffmengen oberhalb festgelegter Schwellenwerte zu berichten. Die Richtlinie tritt am 20. Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Im Vergleich zu EPER (European Pollution Emission Register) hat sich die Zahl der zu berichtenden Stoffe (oberhalb spezifischer Schwellenwerte) von 50 auf 91 erhöht. Darüber hinaus sind unter anderem auch kommunale Abwasserbehandlungsanlagen über 100000 Einwohnergleichwerten und eigenständig betriebene industrielle Kläranlagen mit einer Kapazität von mehr als 10000 m³ pro Tag einbezogen. Überdies sind Emissionen in Boden und Abfallverbringung zu berichten. Erstes Berichtsjahr wird 2007 sein, danach folgen jährliche Berichte. Wie bei EPER werden Messungen, Berechnungen und Schätzungen als gleichwertige Erkenntnisquellen anerkannt. Bereits vorliegende Daten sollen so weit als möglich verwendet werden.

Die Umsetzung im nationalen PRTR soll in einem eigenen Gesetz erfolgen. Die Berichtspflichten für das EPER, die gegenwärtig in der 11. BImSchV verankert sind sollen entfallen, da das EPER nach Einführung von PRTR nicht weitergeführt wird. Ebenso werden die Abwasser bezogenen EPER-Verordnungen gegenseitig. PRTR-Gesetz und Novellierung der 11. BImSchV sollen noch 2006 in Kraft treten. Weitere Informationen finden sich unter  www.prtr.de. Der Text des Protokolls steht unter  http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_032/l_03220060204de00540079.pdf zur Verfügung, die Verordnung selbst ist unter

 http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_033/l_03320060204de00010017.pdf zugänglich.
lich.

NEUE VERFAHREN/PRODUKTE

(Die folgenden Beiträge basieren auf Firmenangaben)

Perspektiven für die Photovoltaik

Wenn mit der Photovoltaik in energiewirtschaftlich relevanter Größenordnung Strom erzeugt werden soll, sind grundlegende Innovationen gefragt. Etwas unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat die Photovoltaik-Forschung, getragen von Unternehmen und Forschungsinstituten, eine ganze Reihe von Innovationen auf den Weg gebracht. Dabei geht es weniger um spektakuläre Wirkungsgradrekorde als vielmehr um Konzepte und Technologien, mit denen Solarzellen und Solarmodule materialeffizienter, rationeller und kostengünstiger produziert werden können.

Das neue BINE-Themen-Info „Photovoltaik – Innovationen bei Solarzellen und Solarmodulen“ stellt die kurz- und mittelfristig interessanten Konzepte, Technologien und Trends vor.

 http://www.bine.info/news_top.php/bine_news/354/link=clicked/

FÖRDERPROGRAMME

R. I. O. Award 2006

Noch zum 31. März 2006 werden Bewerbungen zum R. I. O. Award 2006 angenommen. Der Preis ruft zum Wettbewerb der Ideen um Konzepte zur Steigerung der Ressourcenproduktivität auf.

Info: Aachener Stiftung, Kathy Beys, Schmiedstraße 3, 52062 Aachen, ☎ (0241) 40929-0,
✉ bewerbung@rio-innovation.de,  www.rio-innovation.de/rioaward_2006.pdf.

RUBRIKEN

KURZ NOTIERT

Erneuerbare Energien in Zahlen

Wie gut sich die erneuerbaren Energien in Deutschland und international entwickelt haben, zeigt die Broschüre „Erneuerbare Energien in Zahlen“, die das Bundesumweltministerium in siebenter, aktualisierter Auflage als Internet-Update veröffentlicht hat. Die Version Dezember 2005 kann als PDF heruntergeladen werden.

 http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/erneuerbare_energien_zahlen_dezember.pdf.

Öko-Institut Freiburg kürt umweltfreundliche Autos

Jährlich bewertet das Öko-Institut Freiburg die in Deutschland angebotenen Neuwagenmodelle hinsichtlich Umweltverträglichkeit und Unterhaltskosten. In die „Eco Top Ten“ werden alle Fahrzeuge aufgenommen, die einen CO₂-Ausstoß von 140 Gramm pro Kilometer unterschreiten. Die „Eco Top Ten“ für 2006 wird vom Toyota Aygo angeführt. Er überzeugte das Öko-Institut nicht nur mit der besten Umweltbewertung seiner

Kategorie, sondern auch mit den günstigsten jährlichen Gesamtkosten. Mit dem Yaris Verso 1.3 liegt in der Kompaktklasse ein weiteres Toyota-Modell vor der Konkurrenz. 📞 www.ecotopten.de

IHK-Umweltdatenbank (UMFIS)

Das Internetangebot des Umweltfirmeninformationssystems der IHKs (UMFIS) wurde komplett überarbeitet. Die Suche nach Hersteller, Berater oder Dienstleister im Umweltbereich wird damit wesentlich vereinfacht. Jede kann jetzt selbst bundesweit unter rund 10.000 Anbietern suchen. Unternehmen die im Umweltschutz tätig sind können ihr Unternehmen kostenlos in dieser Datenbank präsentieren. 📞 www.umfis.de.

Trend zur Energieeffizienz hält an

Mit insgesamt 486 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) lag der Verbrauch an Primärenergieträgern in Deutschland im vergangenen Jahr nach ersten Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) um 1,3 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahres. Auswirkungen auf den Energieverbrauch hatten sowohl das hohe Preisniveau als auch der Konjunkturverlauf. Bei einer um knapp ein Prozent erhöhten Wirtschaftsleistung konnte die Energieeffizienz erneut gesteigert werden.

Mineralöl bleibt mit einem Anteil von 36 Prozent (175 Mio. t SKE) an der Primärenergiebilanz der mit Abstand wichtigste Energieträger in Deutschland, gefolgt von Erdgas mit 23 Prozent (110 Mio. t SKE). Danach folgen Steinkohle und Kernenergie mit jeweils 13 Prozent und Braunkohle mit einem Anteil von 11 Prozent. Der Beitrag aller regenerativen Energien zum Primärenergieverbrauch stieg auf 5 Prozent.

Studie findet keinen Beleg für Hirntumorrisiko durch Handys

Das Telefonieren mit dem Handy erhöht nach einer Studie mehrerer deutscher Universitäten nicht das Risiko für Hirntumore. Im Rahmen der so genannten Interphone-Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sei bei Handynutzern in Deutschland insgesamt kein erhöhtes Risiko beobachtet worden, teilte die Universität Bielefeld mit.

Eine leicht erhöhte Zahl so genannter Gliome bei Menschen, die seit mindestens zehn Jahren mit Handys telefonieren, lasse sich erst im internationalen Vergleich beurteilen. Wegen der geringen Anzahl könne es sich dabei um Zufall handeln. Die deutschen Ergebnisse sollen im März in der Fachzeitschrift «American Journal of Epidemiology» vorgestellt werden.

Die Studie unter dem Dach der WHO wird seit dem Jahr 2000 in 13 Ländern erstellt und von der International Agency for Research on Cancer in Lyon (Frankreich) koordiniert. Zur deutschen Studienregion gehören außer Bielefeld auch Mainz, Heidelberg und Mannheim. Insgesamt wurden seit dem Jahr 2000 in Deutschland 844 Patienten mit einem Hirntumor untersucht und mit 1535 zufällig ausgewählten Kontrollpersonen verglichen.


(Quelle: ZDNET/dpa)

Biogasverband: 2005 gutes Jahr für die Biogas-Branche

Für die Biogas-Branche geht ein sehr erfolgreiches Jahr zu Ende. Die elektrische Leistung der in Deutschland installierten Anlagen konnte um 200 Megawatt auf nun 450 Megawatt elektrischer Leistung nahezu verdoppelt werden. Rund 8.000 Menschen sind heute im Bau und Betrieb der Kraftwerke beschäftigt und erwirtschafteten einen Umsatz von gut 490 Millionen Euro. Zu diesem Ergebnis kommt der Fachverband Biogas.

Den großen Durchbruch brachte nach Angaben des Verbandes die Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes im August letzten Jahres. Darin wird den Anlagebetreibern eine garantierte Vergütung von 11,5 bis 8,4 Cent pro Kilowattstunde je nach Anlagengröße zugesichert. Zusätzlich erhalten die Betreiber seitdem sechs Cent pro Kilowattstunde, wenn sie in ihren Anlagen nachwachsende Rohstoffe wie Mais, Rüben oder Sonnenblumen vergären.

Informationsportal BIOTECHNOLOGIE.DE gestartet

Die Biotechnologie ist einer der dynamischsten Wissenschafts- und einer der innovativsten Wirtschaftszweige. Diese Zukunftstechnologie wird jetzt auf Initiative des BMBF ins Licht der breiten Öffentlichkeit gerückt. Das Informationsportal  <http://www.biotechnologie.de> wurde im Januar gestartet. Ob Forschung, Förderung, Wirtschaft, rechtliche Grundlagen oder Studium – eine Vielzahl von Daten und Fakten sehen hier zur Verfügung. Forscherportraits geben über Motivationen, Ziele und Karrieren Aufschluss und verleihen der Wissenschaft ein Gesicht.

Ein Kernstück des Informationsportals ist eine Unternehmensdatenbank, in der sich momentan 584 Biotech-Unternehmen präsentieren.

Nachfrage nach Pelletheizungen verdoppelt sich 2005

Die Nachfrage nach Heizungen für Holzpellets hat sich in 2005 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich verdoppeln. Dies teilte der Deutsche Energie-Pellet-Verband e.V. (DEPV) anlässlich des 1. Forum Bioenergie mit. Trotz der stark steigenden Nachfrage nach dieser umweltfreundlichen Heiztechnik, sind die Preise für Holzpellets nach DEPV-Angaben seit Jahren relativ stabil und tendenziell sogar leicht gefallen.


Im Jahr 2002 haben die Preise für eine Tonne Holzpellets zwischen 175 und 185 Euro gelegen. Trotz massiv steigender Nachfrage pendelten sie in 2005 zwischen 170 und 180 Euro. Der Grund dafür ist nach Angaben des DEPV, dass in der inländischen Holzverarbeitenden Industrie jährlich rund drei Millionen Tonnen Sägemehl und Späne anfielen. Daneben würde nur ein Teil des im Wald ohnehin anfallenden Holzes genutzt. Selbst wenn die Nachfrage nach Holzpellets rund 80mal so groß wäre wie heute, gäbe es keinerlei Engpässe in der Rohstoffversorgung, so der DEPV.

Verpackungsabfälle: 72 Kilogramm je Einwohner

Nach Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes wurden 2004 in Deutschland 10,6 Millionen Tonnen Verpackungsabfälle getrennt eingesammelt. Dies sind zwei Prozent weniger als im Jahr 2003. Davon stammen 56 Prozent oder 6,0 Millionen Tonnen von privaten Endverbrauchern.

Im Durchschnitt wurden je Einwohner 72 Kilogramm Verpackungen vom übrigen Hausmüll getrennt und in der gelben Tonne, im Glas- oder Papiercontainer oder vergleichbaren Systemen eingesammelt. Die größten Einzelposten waren mit 2,2 Millionen Tonnen die Glasverpackungen, dicht gefolgt von Leichtverpackungen, einem Gemisch aus Kunststoffen, Leichtmetallen und Verbundmaterialien.

KfW-Studie zur Energieeffizienz in Unternehmen

Energie-Einsparpotenziale werden von Unternehmen vielfach unterschätzt. Drei von vier Unternehmen, die im Rahmen einer Studie der KfW-Bankengruppe zum Thema Energieeffizienz in Unternehmen befragt wurden, schätzten ihr Einsparpotenzial auf weniger als zehn Prozent oder sahen überhaupt keinen Handlungsbedarf. Neben dem vorherrschenden Informationsdefizit, macht die Untersuchung vor allem in kleineren und mittleren Unternehmen fehlendes Kapital dafür verantwortlich, dass Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz ausbleiben. Immerhin 29 Prozent der befragten Unternehmen gaben allerdings an, in den letzten drei Jahren konkrete Maßnahmen umgesetzt zu haben. Befragt wurden allerdings nur Unternehmen, die in den letzten fünf Jahren einen KfW-Förderkredit (aus dem Umwelt-, Energie-, Unternehmerkredit- oder Mittelstandsprogramm) erhalten hatten. Die KfW Studie ist im Internet zu finden unter:  http://www.kfw.de/DE_Home/Research/Sonderthem68/Energieeff15/Befragung_Energieeffizienz_12.05.pdf.

Flächenbeanspruchung stieg 2004 täglich um 115 Hektar

Nach Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland zwischen 2001 und 2004 um 1682 Quadratkilometer oder 115 Hektar pro Tag zugenommen. Dies geht aus den Ergebnissen der Flächenerhebung zum 31. Dezember 2004 hervor. Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke hat sich damit gegenüber dem Zeitraum 1997 bis 2000 verlangsamt, in dem die Zunahme noch täglich 129 Hektar betrug.

45 621 Quadratkilometer oder 12,8 Prozent der Bodenfläche Deutschlands werden für Siedlungs- und Verkehrszwecke benötigt. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche liegt in den Stadtstaaten Berlin bei 69,4 Prozent, in Hamburg bei 58,6 Prozent und in Bremen bei 56,5 Prozent. In anderen Bundesländern reicht die Spanne des Siedlungs- und Verkehrsflächenanteils von 7,2 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern bis 21,6 Prozent in Nordrhein-Westfalen.

Anmerkung: „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungs- und Verkehrsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil bebauter und nicht versiegelter Flächen. Darunter können sich auch solche befinden, die zum Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft durch Bebauung und Versiegelung bereitgestellt wurden.

Dachfarben belasten Gewässer

Bei der Sanierung von Haudächern werden häufig Dachfarben verwendet, die mit Bioziden ausgerüstet sind, um vor Pilz- und Algenbewuchs zu schützen. Die biozide Wirkung beruht darauf, dass die Wirkstoffe mit dem Regenwasser aus den Dachfarben ausgewaschen werden. Wird dieses Dachablaufwasser zur Grundstückbewässerung genutzt, gelangen die Biozide in den Boden und ins Grundwasser. Das Landesumweltamt NRW (LUA) ist der Frage nachgegangen, ob mit der Freisetzung der Biozide aus Dachfarben ein Risiko für die Umwelt besteht und wenn ja, ob ein solches Risiko durch Auswahl bestimmter Dachfarben gemindert werden kann. Das LUA NRW hat dazu einen Produktvergleich biozidhaltiger Dachfarben veröffentlicht. Die Ergebnisse des Untersuchungsvorhabens wurden unter dem Titel „Gewässerbelastung durch den Eintrag von Bioziden aus Dachfarben – eine Risikoabschätzung“ als Band 51 der Schriftenreihe Merkblätter des Landesumweltamtes NRW veröffentlicht. Der Band steht im Internet kostenfrei zum Lesen und Laden zur Verfügung.

Info:  www.lua.rnw.de

Eurobarometer-Umfrage Energie

Die Mehrzahl der EU-Bürger möchte, dass wichtige Entscheidungen der Energiepolitik auf EU-Ebene getroffen werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission zum Thema Energie.

Die meisten Befragten sprachen sich für erneuerbare Energien sowie stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung aus, um die Energieversorgung auch in Zukunft sicherzustellen. In Deutschland plädieren 55 Prozent für eine verstärkte Nutzung der Solarenergie. Nur 17 Prozent fordern die Weiterentwicklung der Atomenergie.

Dem steigenden Verbrauch soll auch mit Sparsamkeit begegnet werden: 43 Prozent wünschen sich dazu mehr Informationen. Bei Kaufentscheidungen spielt der Energieverbrauch des Produkts in acht von zehn Fällen eine Rolle.

Info:  http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm.

Globaler Umweltindex für Staaten

Unter der Führung von zwei US-Universitäten wurde erstmals für 133 Länder ein Umweltindex erarbeitet, der in Zukunft jährlich die Fort- oder Rückschritte der einzelnen Länder ausweisen soll. Die Yale und die Columbia University haben eine weltweite Untersuchung über die Umweltschutz-Leistungen verschiedener Länder durchgeführt. Auf einer Indexskala von 1 bis 100 liegen nur sechs Länder über 85, darunter fünf nordeuropäische Staaten sowie das führende Neuseeland.

Unter den 133 gelisteten Ländern befindet sich Deutschland mit einem Wert von 79,4 auf Platz 22; knapp vor Spanien, Taiwan, der Slowakei, den Niederlanden und den USA. In der unteren Hälfte der Aufstellung dominieren die Länder aus Afrika sowie Zentral- und Südasiens. Schlusslicht mit einem Index von nur 25,7 ist der Niger, der fast fünf Punkte unter dem Vorletzten, dem Tschad, platziert wurde.

Der Bericht bezeichnet den Index als „Environmental Protection Index“ (EPI) und setzt sich aus 16 verschiedenen Umweltkriterien zusammen, darunter die Sauberkeit des Trinkwassers, der durchschnittliche Ozonwert, ein regenerativer Fischfang sowie geringe CO₂-Emissionen. Diese 16 Werte sind in sechs Hauptgrup-

pen zusammengefasst: gesunde Umwelt, Bio-Vielfalt und –Pfleger, erneuerbare Energie, Wasserressourcen, Luftqualität und die Nutzung von natürlichen Ressourcen.

In Zukunft soll der Bericht jährlich erscheinen und aufzeigen, wie und wo die einzelnen Staaten Fortschritte gemacht haben.

Info:  www.yale.edu/epi/

VERANSTALTUNGSKALENDER

Für die Anmeldung zu den nachstehenden Lehrgängen nehmen Sie bitte Kontakt auf mit: Frau Anja Schönberger, ☎ (0681) 95 20-441, ✉ (0681) 5 84 61 25, ✉ schoenbergera@zpt.de

4. April 2006

Abfallrecht

Fachlehrgang „Betriebsbeauftragte für Abfall

3. Mai 2006

Umwelt

Fachlehrgang „Praktisches Umweltrecht im Betrieb (Recht, Technik, Organisation)

9. Mai 2006

Wasserecht

Fachlehrgang „Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz

17. Mai 2006

Energie

Kostenoptimierung von Druckluftsystemen

23. Mai 2006

Abfallrecht

Fortbildung für Abfallbeauftragte

29. Mai 2006

Umwelt

Fachlehrgang „Betriebsbeauftragte für Immissionsschutz“

7. Juni 2006

Umwelt

Fortbildung für Immissionsschutzbeauftragte

18. Kasseler Abfallforum

Vom 25. bis 27. April 2006 findet das 18. Kasseler Abfallforum statt, das mit über 1.200 Teilnehmern sowie rund 80 Fachausstellern eine der wichtigsten Abfallwirtschaftlichen Tagungen im deutschsprachigen Raum darstellt. Unter anderem sind Foren mit folgenden Themenschwerpunkten vorgesehen:

- Aktuelle Entwicklung der Abfallpolitik und des Abfallrechts
- Stoffstrommanagement und Sekundärrohstoffe
- Mechanisch-biologische und thermische Abfallbehandlung
- Sekundärbrennstoffe und Biomasse
- Vergärung
- Kompost und Klärschlamm

Über 80 Referent/innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft werden den aktuellen Stand sowie die Perspektiven der zukünftigen Abfall- und Energiewirtschaft in Deutschland dokumentieren und diskutieren.

Info: Witzenhausen-Institut für Abfall, Umwelt und Energie GmbH, Werner-Eisenberg-Weg 1, 37213 Witzenhausen, ☎ (05542) 9380-40, 📠 (05542) 9380-77, ✉ info@abfallforum.de, 🌐 http://www.abfallforum.de/tagung_ks/3_abfallforum_frameset.htm

IRC-Börse auf der Hannover Messe 2006

Bereits zum fünften Mal organisiert das Innovation Relay Centre der ZPT (IRC) das „Hannover Technology Co-operation Event“ auf der Hannover Messe, in diesem Jahr am 24. und 25. April 2006. Im thematischen Fokus der Veranstaltung stehen Innovationen aus den Bereichen Energieerzeugung (insbesondere aus erneuerbaren Energiequellen), Energieübertragung und -speicherung sowie Methoden und Technologien zur Energieeinsparung und -effizienz. Die Veranstaltung ist eine ideale Plattform zum Aufbau internationaler Geschäftskontakte und Innovationsprojekte.

Interessenten können sich online unter 🌐 <http://www.irc-innsa.de/energy> oder direkt bei der ZPT anmelden. Kontakt: IRC der ZPT, Ellen Dienert, ☎ (06 81) 95 20-4 53, ✉ ellen.dienert@zpt.de.

Der Brandschutzbeauftragte

Brandschutzbeauftragte sollten abhängig vom Brandrisiko und der Anzahl der ständig im Gebäude anwesenden Personen für Industriebetriebe, gewerbliche Betriebe, Geschäftshäuser, Banken, Versicherungen, Krankenhäuser, Altenheime, öffentliche Verwaltungen etc. ausgebildet und bestellt werden.

1. Teil: 13. bis 17. März 2006 in Koblenz
2. Teil: 3. bis 7. April 2006 in Koblenz

1. Teil: 26. bis 30. Juni 2006 in Koblenz
2. Teil: 10. bis 14. Juli 2006 in Koblenz

Fachkundeflehrgang für Abfallbeauftragte nach §§ 54, 55 KrW-/AbfG

Betreiber der unter der Verordnung über Betriebsbeauftragte für Abfall aufgeführten Anlagen; Betreiber von genehmigungsbedürftigen Anlagen im Sinne des § 4 des BImSchG, Betreiber von Anlagen, in denen regelmäßig besonders überwachungsbedürftige Abfälle anfallen, Betreiber ortsfester Sortier-, Verwertungs- oder Abfallbeseitigungsanlagen müssen einen Abfallbeauftragten benennen.

20. bis 23. März 2006 in Trier
27. bis 30. Juni 2006 in Koblenz

EU-Richtlinie Lärm

Die verschärfte Richtlinie ist ab dem Erscheinungsdatum 2003 eingeführt und soll rechtmäßig die Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ (UVV“Lärm“, BGV B3 (früher VBG 121) ersetzen.

Da diese Richtlinie verschärfte Lärmexpositionspegel aufweist, kommen für die betroffenen Betriebe aus den produzierenden Bereichen erhebliche Lärmreduzierungsprogramme zu.

3. Mai 2006 in Koblenz

Sachkunde für Ölabscheider

Betriebe mit Leichtflüssigkeitsabscheidern können nach DIN 1999 ff. die Kontrolle und Wartung der Anlage von einem sachkundigen Mitarbeiter ausführen lassen und somit die Entleerungs- und Reinigungsintervalle von bisher generell sechs Monaten verlängern.

9. Mai 2006 in Koblenz

Fortbildung für Brandschutzbeauftragte

Brandschutzbeauftragte sollten sich regelmäßig weiterbilden. Das 2-tägige Fortbildungsseminar informiert über gesetzliche und technische Neuerungen und bietet die Möglichkeit zum Erfah-

rungsaustausch. Außerdem sollten Brandschutzbeauftragte, um in Übung zu bleiben, jährlich den Umgang mit Feuerlöscher und Löschdecke trainieren.
29. bis 30. Mai 2006 in Koblenz

Sicherheitsbeauftragte/r - Grundlehrgang nach SGB VII §22 und BGV A1

Unternehmen mit regelmäßig mehr als 20 Beschäftigten müssen einen Sicherheitsbeauftragten bestellen. In Unternehmen mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit kann der Unfallversicherungsträger anordnen, dass Sicherheitsbeauftragte auch dann zu bestellen sind, wenn die Mindestbeschäftigtenzahl nach Satz 1 nicht erreicht wird.
29. bis 30. Juni 2006 in Koblenz

Achema 2006 in Frankfurt/Main

(15. und 16. Mai 2006)

Die IRCs organisieren in diesem Jahr erstmals eine Kontaktbörse „Chemical Engineering“ während der Achema. Die Achema ist eine internationale Messe rund um die Prozessindustrie und umfasst neben der chemischen Industrie die Biotechnologie, die pharmazeutische und Nahrungsmittelindustrie sowie Umwelttechnik, Werkstofftechnik und Energieerzeugung.

Während der IRC-Kooperationsbörse können Unternehmen, Forschungsinstitute oder Hochschulen aus diesen Bereichen Partner finden, mit denen neue Technologien ausgetauscht oder neue Projekte und Vorhaben realisiert werden können.

Anmeldefrist: 31.03.2006

Teilnahmegebühr: keine

Anmeldung entweder online unter:  www.chemical-engineering-2006.de oder direkt bei der ZPT.

NANOTECHNOLOGY IN NORTHERN EUROPE (NTNE) 2006 in Helsinki, Finnland

(17. und 18. Mai 2006)

Die NTNE ist führende Messe/Konferenz in Nordeuropa im Bereich Nanotechnologie. In diesem Jahr werden etwa 400 Besucher und 100 Aussteller erwartet, die sich über die neusten Entwicklungen in der Nanotechnologie austauschen werden. Fokus liegt insbesondere auf den Gebieten Nanoelektronik und –photonik, Nanotechnologieinstrumente sowie Nanotechnologiewerkzeuge und –sicherheit. Die zweitägige Kooperationsbörse ermöglicht direkte Geschäftskontakte und persönlichen Austausch vor Ort, sowohl für Unternehmen als auch für Institute der Sektoren industrielle Fertigung, Materialien, Elektronik und Mikroelektronik, IT-Systeme und Messtechnik.

Anmeldefrist: 17. April 2006

Teilnahmegebühr: keine

Anmeldung entweder online unter:  <http://irc.cordis.lu/> oder direkt bei der ZPT.

Elmia Waste & Recycling und World Bioenergy in Jönköping, Schweden

(30. Mai bis 1. Juni 2006)

Schweden generiert seinen Energiebedarf heute bereits zu mehr als 20 Prozent aus Biomasse und ist damit weltweit führender Pionier in der Implementierung bioenergetischer Technologien. Weiterhin macht Schweden in punkto umweltverträglicher Abfallwirtschaft auf sich aufmerksam.

Vor diesem Hintergrund finden alle zwei Jahre die beiden Messen Elmia Waste & Recycling und World Bioenergy statt. Das Fachpublikum kann hier Ideen und Anregungen über das in Schweden angewandte Know-how und die neusten verfügbaren Anlagen gewinnen.

Parallel zu den beiden Messen bieten die IRCs eine Kooperationsbörse an, die persönliche Kontakte zu anderen Messebesuchern oder Ausstellern nach vorheriger Auswahl rationeller gestalten und erleichtern sollen. Teilnehmen können alle Unternehmen/Institute/öffentliche Einrichtungen, die neue Technologien und Anwendungen suchen oder anbieten in den Gebieten Energie, Umwelt, Abfall-, Agrar- und Forstwirtschaft.

Anmeldefrist: 28. April 2006

Teilnahmegebühr: 50,- Euro (beinhaltet Eintrittsgebühr zur Messe, Teilnahme an der Börse sowie ein Mittagessen)

Anmeldung entweder online unter:  <http://irc.cordis.lu/> oder direkt bei der ZPT.

FÜR SIE GELESEN

Die Betriebssicherheitsverordnung – eine Umsetzungshilfe auf CD-ROM


Die übersichtliche, allgemein gehaltene Umsetzungshilfe informiert über die wichtigsten Regelungen, die vom Arbeitgeber beim Einsatz von Arbeitsmitteln bzw. vom Betreiber überwachungsbedürftiger Anlagen und im Rahmen des betrieblichen Explosionsschutzes beachtet werden müssen. Themengebiete, die für den einzelnen Betrieb von besonderem Interesse sind, können individuell ausgewählt und vertieft werden. Eine Vielzahl von konkreten Arbeits- und Dokumentationshilfen erleichtert die systematische Umsetzung der Betriebssicherheitsverordnung in die betriebliche Praxis.

Herausgeber: Staatliches Amt für Arbeitsschutz Essen, Zentrum für Umwelt und Energie der Handwerkskammer Düsseldorf, Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg, 2005, 3. aktualisierte Auflage.

Die CD-ROM kann zum Preis von 8 Euro bei der zuständigen Industrie- und Handelskammer angefordert werden.

Adressensammlung Strom- und Gashändler


Das neue Energiewirtschaftsrecht ermöglicht es gewerblichen und industriellen Kunden, eine Auswahl zwischen mehreren Strom- und Gaslieferanten zu treffen. Wie kann man sich nun auf dem Markt orientieren? Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat eine bundesweite Adressensammlung mit Strom- und Gashändlern sowie Anbietern von Beratungsdienstleistungen zum Strom- und Gaseinkauf erstellt, die vierteljährlich aktualisiert wird.

Die Adressensammlung (pdf-Datei, 174 KB) steht im Internet zum Download bereit unter:  http://www.saarland.ihk.de/ihk/umwelt/down/adressensammlung_strom_und_gashaendler_dez05.pdf.

Regenwasser macht nicht nur schön

Unter diesem Titel stellt eine Broschüre des Bundesumweltamtes Vor- und Nachteile der Versickerung und Nutzung von Regenwasser dar.

In der kostenlosen, 40-seitigen Broschüre („Versickerung und Nutzung von Regenwasser“ sind Vorteile, Risiken und Anforderungen des Umgangs mit Regenwasser zusammengestellt.

Die Broschüre „Versickerung und Nutzung von Regenwasser – Vorteile, Risiken, Anforderungen“ ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 14 06, 06813 Dessau (Postkarte),  info@umweltbundesamt.de.

Arbeitshilfe zur Anwendung von § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz bzw. Artikel 12, Abs. 1 der Seveso II-Richtlinie


Im Auftrag des VCI wurde unter Mitwirkung der Firmen BASF, Bayer, Celanese, Degussa, Infracore, Merck und Schering sowie des Landesumweltamtes Nordrhein-Westfalen, des Staatl. Umweltamtes Köln, des Regierungspräsidiums Darmstadt und des Landesamtes für Umwelt- und Katastrophenschutz Karlsruhe eine „Arbeitshilfe zur Abstandsregelung zwischen Betriebsbereichen gemäß Störfallverordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Raum- und Flächenplanung“ erstellt. Eine Fortschreibung und Anpassung an die Rechtsentwicklung ist geplant.

Die Arbeitshilfe kann bei der zuständigen Industrie- und Handelskammer angefordert werden.

Energie Effizient – Wie Industrie und Gewerbe Energie sparen können

Wie Unternehmen aus Industrie und Gewerbe erfolgreich Energie und Kosten sparen, das zeigt die aktuelle Broschüre „Energie effizient“. Die neu aufgelegte Broschüre präsentiert 20 Beispiele innovativer Technologien für einen effizienteren Energieeinsatz. Die vorgestellten DBU-Projektpartner weisen den Weg hin zu


mehr Klimaschutz von energiesparenden Anzeigegeräten über klimaschonende Schmiedeöfen bis hin zu effizient gewonnener Erdwärme.

Die Broschüre kann schriftlich (ZUK, Postfach 1705, 49007 Osnabrück) oder über das Internet ( <http://www.dbu.de/publikationen>) kostenlos bestellt werden.

VDI-Studie: Fakten und Potenziale zur weißen Biotechnologie



Die Biokatalyse gilt als wesentliche Innovationskraft für die weiße (industrielle) Biotechnologie. Die neue Übersichtsstudie des VDI „Biokatalyse in der industriellen Produktion“ betrachtet die Einsatzmöglichkeiten von Enzymen für die Produktion von Ausgangsstoffen als Bestandteil von Produktionsprozessen und als eigenständige Produkte. Darüber hinaus werden biotechnologische Prozessgrundlagen zur Entwicklung von Enzymen bzw. ihrer spezifischen Katalyseeigenschaften skizziert.

Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Studenten und anderen Interessierten wird ein strukturierter Einblick in den Stand und in die Entwicklungsmöglichkeiten der weißen Biotechnologie, insbesondere der Biokatalyse in industriellen Produktionsprozessen gegeben. Dargestellt werden theoretische Hintergründe, branchenspezifische Anwendungen sowie bedeutende Trends und Perspektiven.

Die Übersichtsstudie wurde erstellt durch zukünftige Technologien Consulting (ZTC), VDI Technologiezentrum GmbH Düsseldorf. Sie ist im Internet zu finden unter:  www.zt-consulting.de (Rubrik Publikationen).

Perspektiven für die Photovoltaik


Die Photovoltaik-Branche boomt mit Wachstumsraten von jährlich etwa 30 Prozent. In den letzten Jahren wurde die Fertigungskapazität mit modernen Produktionsstätten für Solarsilizium, Solarzellen und Solarmodule deshalb enorm ausgeweitet. Doch die Großserienproduktion alleine kann die Wettbewerbsfähigkeit der Photovoltaik nicht sicherstellen. Innovationen im Fertigungsverfahren und neue Konzepte zur Material- und Energieeinsparung sind gefragt. Das neue BINE-Themen-Info „Photovoltaik – Innovationen bei Solarzellen und Modulen“ verschafft auf 16 Seiten einen Überblick über den Stand der Technik sowie über viel versprechende Forschungsansätze.

Die Broschüre „Photovoltaik – Innovation bei Solarzellen und Modulen“ (III/2005) ist kostenfrei beim BINE Informationsdienst des FIZ Karlsruhe erhältlich – im Internet unter  www.bine.info und telefonisch unter  (0228) 92379-0.

VIK-Textsammlung „Umweltrecht für Energieanlagen“

Die VIK-Textsammlung „Umweltrecht für Energieanlagen“ bündelt die maßgeblichen Umweltvorschriften. Diese handliche und kompakte Rechtssammlung ist insbesondere für Personen gedacht, die Verantwortung im Bereich des industriellen Umweltschutzes tragen.

Umweltrecht für Energieanlagen, 900 Seiten, 79 Euro zzgl. Versand.

Bezug: Verlag Energieberatung GmbH, Richard-Wagner-Straße 41, 45128 Essen,  c.schlaborn@vik.de.

Praxis der Bilanzierung und Besteuerung von CO₂-Emissionsrechten

Der Ausstoß von Treibhausgasen ist seit dem 1. Januar 2005 in Europa kraft Gesetz ein handelbares Gut geworden. Energieintensive Unternehmen erhalten vom Staat eine kostenlose „Erstausrüstung“ an Zertifikaten, mit denen sie frei handeln können. Neue Märkte für Emissionsrecht mit stark schwankenden Preisen entstehen. Emissionsrechte sind zu bilanzieren und zu besteuern. Kein Standardsetter für Rechnungslegung konnte diese Entwicklung ursprünglich voraussehen. So sind viele Fragen ungeklärt.

Die Bilanzierung der Geschäftsvorfälle ist derart schwierig, dass das IDV einen eigenen Standard herausgibt, das BMF mehrere Entwürfe eines Erlasses vorlegt, mit dem IFRIC 3 ein Standard der Organisation des IASB erst verabschiedet, dann aber wieder zurückgezogen wird. Das FASB streicht das Thema als zu komplex von der Agenda. Die europäische Wirtschaftsprüfervereinigung gibt sogar eine Warnung heraus.

Das Praxisbuch erläutert die Bilanzierungsmethoden gemäß HGB, EStG, IAS/IFRS und US-GAAP. Es zeigt die umsatzsteuerlichen Besonderheiten auf sowie die Auswirkungen des Emissionsrechtehandels auf die Jahresabschlussprüfung. Eine ausführliche Fallstudie veranschaulicht die Zusammenhänge.

Praxis der Bilanzierung und Besteuerung von CO₂-Emissionsrechten, von Katharina Völker-Lehmkuhl, Erich Schmidt Verlag, 2006, 191 Seiten, 39,80 Euro, ISBN 3-503-09310-9.

Sammelmappe Abwasserreinigung

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (BDU) gibt eine Sammelmappe zum Thema Abwasserreinigung und Kreislaufführung heraus. Die Mappe enthält neue Projektergebnisse – von der abwasserfreien Papierfabrik bis zu innovativen Abwasserreinigungsverfahren mithilfe von UV-Strahlen – in Form von zwölf neu erschienen Projektflyern. Die Sammelmappe kann kostenfrei über die nachstehende Kennziffer angefordert werden.

Bezug: Cordula Zerling, ☎ (0541) 9633-144, ✉ c-zerling@dbu.de, 🌐 www.dbu.de.

Leitfaden Bioenergie neu aufgelegt

Um die intensivere Nutzung des Energielieferanten Biomasse in Deutschland weiter voranzutreiben, gibt die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) den überarbeiteten und aktualisierten Leitfaden Bioenergie heraus. Mit seinem umfassenden Textteil und seiner detaillierten Datensammlung bietet der Leitfaden Hilfestellung für potentielle Betreiber und Planer von Biomasse-Feuerungsanlagen. Zudem dient er als kompakte Informationsplattform für alle Interessierten an dieser Thematik.

Der Leitfaden Bioenergie ist in Form des Buchs inklusive Datensammlung auf CD-ROM oder als komplette CD-Rom unter ✉ informateria@fnr.de zu bestellen oder als Online-Angebot kostenlos aus dem 🌐 www.fnr.de herunter zu laden.

Biogasanlagen im Vergleich - FNR veröffentlicht Ergebnisse des Messprogramms

Mit „Ergebnisse des Biogas-Messprogramms“ können Interessierte jetzt erstmals verschiedene Biogasanlagen untereinander vergleichen. Broschüre und CD mit den Daten zu 59 ausgewählten Biogasanlagen sind jetzt bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) e.V. kostenlos erhältlich (🌐 <http://www.fnr.de>).

RECYCLINGBÖRSE

Die **IHK-Recyclingbörse** ist eine vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) koordinierte bundesweite Börse, die dazu dient, gewerbliche Produktionsrückstände der Wiederverwertung zuzuführen.

Interessenten wenden sich bitte unter Angabe der Chiffre-Nr. schriftlich an die IHK Saarland, Geschäftsbereich Wirtschaftspolitik, Frau Altmeyer-Lorke, 66104 Saarbrücken. Die IHK schickt die Angebote ungeöffnet an die Inserenten. Sie hat keinen Einfluss darauf, ob sich der Inserent mit dem Interessenten in Verbindung setzen wird. Mündliche Anfragen können wegen der vereinbarten Vertraulichkeit nicht beantwortet werden.

Über die Internet-Adresse 🌐 <http://recy.ihk.de> hat außerdem jeder Internet-Teilnehmer die Möglichkeit, nach für ihn brauchbaren Angeboten bundesweit zu suchen.

Angebote

Chiffre-Nummer	Bezeichnung des Stoffes	Menge	Anfallstelle
Chemikalien			
H-A-359-01	Ammoniumstearat-Dispersion (35%ig), CAS 1002-89-7, EINECS 213-695-2	1330 kg	Hannover
HL-A-300-4-01	Jod Pulver	400 kg	Norderstedt
HL-A-300-5-01	Loxiol G12 micro	475 kg	Norderstedt oder Artlenburg
Kunststoffe			
BI-A-1091-02	Wir stellen PU-Hartschaum 6 FK-Gemisch als Granulat her, geeignet für Isol. Estrich sowie für Isol. Beton - hoher Isolierwert und 50 % Gewichtseinsparung	20 cbm	Herzebrock-Clarholz
KO-A-3262-02	Lupasol RP 8515	165 kg	Grafschaft-Geldorf
LIP-A-376-02	PE-Schrumpfhauben	Absprache	Blomberg
SB-A-815-02	Kunststoff-Tanks in Gitterbox auf Palette (IBC-Behälter) 640 l u. 1000 l, gereinigt	Absprache	Saarland
SB-A-853-02	PE-Schrumpfhauben 1250/850 x 2200 x 0,080 mm	Absprache	Saarland
SB-A-854-02	PE-Schrumpfhauben 1250/1000 x 2700 x 0,080mm	1000 Stck.	Saarland
SB-A-855-02	PE-Schrumpfhauben 1500/1250 x 2200 x 0,080 mm	600 Stck.	Saarland
SB-A-858-02	Kunststoff-Fässer lebensmittelecht 150 – 250 l	regelmäßig	Saarland
UL-A-198-02	Kunststoffspulen mit geringen Garnresten, Kunststoffrohre	1 t	Biberach
UL-A-199-02	PE-Folien; PP-Gewebesäcke	1,5 t	Biberach an der Riß
W-A-2114-02	Filtervlies - Abschnitte weiß	60 kg	Solingen
Metalle			
BI-A-1092-03	160 Stück neuwertige Tragrollen, GUP 88,9/20; 600/606/635; SW 15/13, RAL 3000 rot.	160 Stck	Lübbecke
M-A-1646-03	Federbandstahl C75S, 0,8x30,000mm Ausführung H+A blank/galv. verzinkt	5107 kg	Schrobenhausen
Holz			
KR-A-777-05	Spanplatten, 119 x 79 cm 2 cm stark Abgabe in Teilmengen möglich	2000 Stck	Mönchengladbach
Glas			
R-A-630-08	Glasgranulat		Neumarkt
Sonstiges/Verbundstoffe			
HD-A-352-14	Styroporboxen unterschiedliche Größen mit oder ohne Kühlelemente		Wiesebach/Rhein-Neckar
KO-A-3258-18	Glasurfritte A 3383P	1100 kg	Siershahn
KO-A-3259-18	Fritte 90461 M	850 kg	Siershahn
KO-A-3260-18	Farbkörper 26431	58 kg	Siershahn
KO-A-3261-18	Eisenoxid Nr. 3395	175 kg	Siershahn

KO-A-3263-18	diverse Magnetschalter	1000 Stck	Katzwinkel
KO-A-3264-18	verschiedene Stanzreste	1 t	Rödelhausen
KR-A-781-18	Aktenordner, neuwertig DIN A4, mehrfarbig	400 Stck	Viersen

Nachfragen

Chiffre-Nummer	Bezeichnung des Stoffes	Menge	Anfallstelle
Kunststoffe			
D-N-413-02	PET, PE, PVC, PS, PP, PPS	100 t	Westeuropa
FR-N-5-02	gebrauchte bzw. leere Tintenpatronen und Tonerpatronen		europaweit
SB-N-358-02	ABS- und PS-Kunststoffe unzerkleinert, geschreddert, gemahlen	Absprache	Nohfelden
Metalle			
SB-N-346-03	Hartmetallschrott, gebrauchte Wendepplatten VHM, Schleifschlamm aus VHM, auch Neumaterial	jede	bundesweit
SB-N-359-03	Gitterboxen und Gitteraufsatzrahmen sowie Paletten	Absprache	
Holz			
BI-N-294-05	Wir suchen Holz- und Holzwerkstoffabfälle aller Art (Restholz, Abbruchholz, Paletten, Rohspanplatten Sperrholz usw.) trocken und ohne Kunststoffbeschichtungen.	30 qm	
Sonstiges/Verbundstoffe			
D-N-414-18	Recyclingmaterial aus Kraftfahrzeugen wie Kühler, Elektromotoren, Lichtmaschinen, Starter, Kabel	100 t	Westeuropa
SB-N-292-12	Elektronik und Elektronikschrott aller Art, Geräte und Bauteile	jede	bundesweit